

ROTER MORGEN

Zentralorgan der Kommunistischen Partei Deutschlands

Nr. 5 vom 1. Februar 1985

19. Jahrgang

1 DM



Diese Woche

Krise,
Kabel, Kapital

neue Technik und
neue Medien
Seite 3

Streik bei
Blohm & Voss

Bericht auf
Seite 4

Ist der
Faschismus eine
kleinbürgerliche
Bewegung?

Hintergründe zum
30. Januar 33
Seite 9

Unabhängig?

Jede Woche erneut ist über neue Tatsachen zu berichten, wie das Kapital mit seiner wirtschaftlichen Macht den Kurs der politischen Parteien bestimmt. Was als „Flick-Skandal“ begann, ist längst zu einem Lehrstück darüber geworden, wie konkret bürgerliche Politik in der BRD gemacht wird.

Je mehr Zeit verstreicht desto mehr ist auch jede Woche darüber zu berichten, wie intensiv und vielseitig Anstrengungen gemacht werden, die Sache zu beenden. Zunehmend zeichnet sich dabei eine Bonner Allparteienkoalition ab (mit Ausnahme der Grünen, die aber ihrerseits als Partei auch nicht sonderlich viel dazu tun, Druck zu machen), zunehmend zeichnet sich auch eine Zangenbewegung zwischen Parteien und Kapitalisten ab, „der Justiz“ den schwarzen Peter zuzuschreiben. Eine Taktik, die selbstverständlich darauf bauen kann, daß es innerhalb dieser „dritten Gewalt“ des bürgerlichen Staates genügend Partei-, Geschäfts- und Gesinnungsfreunde gibt.

Vom Wähler, dem angeblichen Souverän, unabhängig kann in dieser Instanz geschaltet und gewaltet werden. Und wo Druck not tut, da können ihn selbstverständlich jene entfalten, die über wirtschaftliche und finanzielle, und dadurch auch über gesellschaftliche und politische Macht verfügen — und das tun sie dann auch.

Was auf offen politischem Wege („Amnestie für Steuerbetrüger“) nicht machbar war, aus Wählerücksichten, das soll jetzt über diesen Weg, vom Wähler, nicht aber von Bonn und den Hintermännern in den Konzernen und Verbänden unbeeinflussbar geschehen.

Wir haben nicht zu jenen Linken gehört, die sich aus abstrakten, dem vorliegenden Sachverhalt widersprechenden Überlegungen darauf versteift hatten zu sagen, konkrete Rücktrittsforderungen dienten nur einer demagogischen „Selbstreinigungskampagne“. Auf ihre komplette politische Führungsschicht mag die Bourgeoisie nicht verzichten. Um so mehr gilt es die Frage einer Justiz und ihrer demokratischen Kontrolle, ohne verbeamtete Richter aufzuwerfen.

Kriegshetze im Schlesierblatt

Kohl und Hupka an einem Strang

Hupka und Co. — Keine Distanz von der eigenen Saat

Viel Aufregung verursachte in der letzten Woche ein Artikel in dem Organ der Schlesischen Landsmannschaft „Der Schlesier“, in dem ein Einmarsch der Bundeswehr in polnisches und sowjetisches Gebiet „durchgespielt“ wurde. Der Autor wurde — angeblich — sofort aus CDU und Schlesierjugend ausgeschlossen — aber weder die Hupkas noch Kohl und Co. konnten damit den erwünschten Eindruck erwecken, es handle sich nur um einen krassen Außenseiter. Dadurch wurde die Debatte um den Revanchismus in der BRD, die bereits mit der Auseinandersetzung um Kohls Teilnahme am Bundestreffen der Landsmannschaft erheblich breiter geworden war, noch mehr angefeuert.

Der Artikel im Organ der Landsmannschaft (von dessen Autor Finke der Verband zunächst behauptet hatte, ihn nicht zu kennen, um dann — wenig später — mitteilen zu lassen, er sei ausgeschlossen — man wird sehen, was noch kommt) ließ sich vor allem aus zwei Gründen nicht, wie von der reaktionären Regierung gewünscht, als „Einzelfall“ darstellen. Zum ersten

taucht sofort die Frage auf, wie dieser Artikel — der strafrechtlich den Tatbestand der Kriegshetze voll erfüllt — denn überhaupt in die Zeitung gelangen kann, schließlich gibt es eine verantwortliche Redaktion.

Die ersten Versuche, dies eben nur als „Diskussionsbeitrag“ darzustellen, wurden schnell eingestellt, als die Brisanz des Beitrages klar wurde.

Denn tatsächlich verhält es sich so, daß zwischen dieser Kriegshetze und der Politik der sogenannten Vertriebenenverbände ein viel engerer Zusammenhang besteht, als die Propaganda der Konservativen glauben machen möchte.

Dies wird nochmals in aller Deutlichkeit klar, wenn man sich den Brief betrachtet, mit dem Herbert Hupka im Namen des geschäftsführenden Bundesvorstandes dem Bundeskanzler offiziell die Änderung des Mottos des Treffens im kommenden Juni mitteilte.

Dazu muß man daran erinnern (siehe auch RM 4/85), daß die Bonner Regierung so tat, als sei mit diesem Brief und dem neuen Motto alles geklärt, als gäbe es künftig keinen Grund mehr für den „Revanchismusvorwurf“.

Fortsetzung auf Seite 3

den Tag gelegt hat. Im Gegenteil: wie die DGB-Zeitung „Welt der Arbeit“ kürzlich meldete, wird gerade daran gearbeitet, den „Franken-Erlaß, also die Verweigerung der Zahlung von Kurzarbeitergeld an kalt Ausgesperrte, juristisch wasserdicht zu machen.

Als Ergebnis des Treffens sollen vier gemeinsame Arbeitsgruppen zwischen Regierung und DGB eingerichtet werden. Sie sollen sich mit folgenden Themen beschäftigen: Auswirkungen des technischen Fortschritts auf die Arbeitsplätze, Sicherung der Altersversorgung, Arbeitsförderungsmaßnahmen, kommunale Investitionen zur Arbeitsplatzbeschaffung. Kohl läßt keinen Zweifel daran, welche Absichten er mit der Einrichtung dieser Arbeitsgruppen verbindet: über diese Schiene will die Gewerkschaftsführungen zu gemeinsamen Gesprächen mit Unternehmerfunktionären und Regierung an einen Tisch bringen. Kohl will sich in der Öffentlichkeit als Stifter des „sozialen Friedens“ präsentieren, obwohl die gesamte Amtszeit seiner Regierung bislang eine ununterbrochene Kette von Herausforderungen der Gewerkschaften und Angriffen auf die gewerkschaftlichen Positionen, Begünstigungen der Reichen und Belastungen der ärmeren Bevölkerungsschichten gebracht hat.

Fortsetzung auf Seite 2

DGB-Chef Breit: „Ich sage nicht nein“

Neuaufgabe der „konzertierten Aktion“?

Zu einem sechsstündigen Treffen kamen am 23. Januar Bundeskanzler Kohl und sieben weitere Kabinettsmitglieder auf der einen Seite, der Vorsitzende des DGB, Ernst Breit, und acht Vorsitzende von Einzelgewerkschaften auf der anderen Seite zusammen. Der „Spiegel“ zitierte den IG Chemie-Vorsitzenden Rappe nach dem Treffen wie folgt: „Eine so vorzügliche Sitzung hat es lange nicht mehr gegeben.“

Bei Betrachtung dessen, was an Ergebnissen des Treffens bekannt geworden ist, muß vom gewerkschaftlichen Standpunkt

und Beschäftigungsprogramm ihre Haltung völliger Ablehnung bekräftigt. Mit keinem Wort ist die Regierung selbstkritisch



Kohl und sein Gast Breit — freundschaftlich

aus rätselhaft bleiben, was Rappe so „vorzüglich“ gefunden hat. Kohl und die Regierungsmitglieder haben etwa in den Fragen Arbeitszeitverkürzung

tisch auf ihre aggressive antigerwerkschaftliche Haltung eingegangen, die sie während des Streiks für die 35-Stunden-Woche bei vollem Lohnausgleich an

Skandal um Ansbacher
Bezirkskrankenhaus

„Entlassen wg Wahrheit“

Dienstagabend vorletzter Woche: Das Fernsehmagazin „Report“ berichtet über Medikamentenversuche an Patienten im Bezirkskrankenhaus Ansbach. Klaus Lister, Krankenpfleger und Personalrat, hatte die Praktiken ans Tageslicht gebracht — jetzt wurde gehandelt: Nicht etwa gegen den für die Machenschaften verantwortlichen Chefarzt, sondern gegen Lister. Fristlose Entlassung.

Bereits einmal war er fristlos entlassen worden: Da wurde in einer Nacht- und Nebelaktion seine Wohnung durchsucht, er sollte Geld aus der Kasse des Personalrats entwendet haben — diese Entlassung war bereits in der Sendung Gegenstand der Berichterstattung und wurde vom Arbeitsgericht Ansbach bereits im Dezember 84 für ungültig erklärt, ein konstruierter Versuch, einen unbequemen Menschen loszuwerden.

In der Sendung wurde von der Kreis- und Regierungsbezirksbehörde langatmig und scheinheilig begründet, warum sie nicht gegen den Chefarzt, der auf Kosten seiner Patienten dickes Geld macht, vorgehen könnten. Nach dem alten Motto (siehe Flick) nicht der ist ein Gauner, der ein Verbrechen begeht, sondern der, der es auf-

deckt, zeigten sich diese Behörden nach der Sendung aber keineswegs als handlungsunfähig. Sie sprachen eine neue Entlassung für Lister aus, da er mit seinem Fernsehauftritt „die Loyalitätspflicht gegenüber seinem Arbeitgeber verletzt“ habe.

Bei dem Krankenhaus handelt es sich um eine Psychiatrisches Haus, die Patienten wurden auch nicht ansatzweise gefragt, ob sie Versuchsankünften spielen wollten, ihre Vertreter ebenfalls nicht. Der Chefarzt amtiert weiter — die Behörde auch. Da spielen wohl noch andere Gründe als die Einhaltung von Loyalitätspflicht eine tragende Rolle. Medizinische Menschenversuche haben gerade in unserem Land neben allen furchtbaren Aspekten auch noch eine furchtbare Tradition — auf Loyalität wurde auch damals bereits gepocht.



NUM-Sekretär entlarvt DGB-Lügen

Eine Verhöhnung der Wahrheit

Wie im Roten Morgen berichtet, hatte der Sekretär des DGB-Bundesvorstandes, Hans-Jürgen Beck, in einem Rundschreiben vom 14. Dezember verschiedene Behauptungen aufgestellt, die offensichtlich gegen die gewerkschaftliche Solidaritätsbewegung mit dem britischen Bergarbeiterstreik gerichtet waren. Ein Schreiben von NUM-Sekretär Heathfield stellt klar, daß Beck gelogen hat.

Laut Beck sei bei Verabschiedung der Londoner Solidaritätsauflösungsresolution (durch TUC und DGB, der ÖTV und den Transportarbeitergewerkschaften der Niederlande, Belgiens und Großbritanniens) klar gewesen, daß Boykottmaßnahmen gegen Kohle- und Öltransporte nach England nicht möglich seien. Beck behauptete weiter, die Tätigkeit des NUM-Repräsentanten Joe Holmes in der BRD sei nicht durch die NUM autorisiert. Das gleiche sollte für die von Joe Holmes und Wuppertaler GEW-Gewerkschaftern geplante Solidaritätsveranstaltung

mit NUM-Präsident Arthur Scargill in Essen, die inzwischen aufgrund des DGB-Störfeuers abgesagt wurde, gelten. Schließlich sei mit der NUM vereinbart worden, daß alle DGB-Spenden für die britischen Bergarbeiter an den Fonds des Dachverbandes der britischen Gewerkschaften, TUC, und nicht direkt an die NUM weitergeleitet werden. In einem Schreiben an Joe Holmes stellt NUM-Sekretär P.E. Heathfield klar, daß Beck in allen Fragen die Unwahrheit gesagt hat. Der Rote Morgen veröffentlicht diesen Brief des NUM-Sekretärs im vollen Wortlaut auf Seite 4.

Neuaufgabe der „konzertierten Aktion“?

Fortsetzung von Seite 1

Welcher Teufel aber kann Gewerkschaftsführer reiten, sich zu Beratungen mit der Regierung über Beschäftigungsförderung in einer Arbeitsgruppe zusammenzusetzen, ohne als Vorbedingung zu verlangen, daß der kurz vor der Beratung und Verabschiedung im Bundes-

tag stehende Regierungsentwurf zum Beschäftigungsförderungsgesetz zumindest zurückgestellt wird? Denn so lange diese Regierung darauf beharrt, daß die Beschäftigung dadurch gefördert wird, daß die Arbeiter und Angestellten rechtloser, für die Unternehmer noch billiger, der unternehmerischen Willkür schutzloser überlassen werden,

kann es von Gewerkschaftsseite doch wohl keine Basis für Gespräche in einer Arbeitsgruppe geben.

Kohl und Konsorten haben — offensichtlich nicht ohne Erfolg — einen dicken Knüttel geschwungen, um die DGB-Spitze zum Bonner Foto-Termin antreten zu lassen: die geplante Änderung des Betriebsverfassungsgesetzes in der Frage der Zulassungsvorschriften zur Betriebsratswahl und der Einführung von Sprecherausschüssen für leitende Angestellte. Unionskreise, vor allem die CSU, wollen durch Streichung der Bestimmung des BetrVG., daß ein Listenvorschlag für die Betriebsratswahl von 10 Prozent der Kolleginnen und Kollegen (maximal 100) unterstützt werden muß, den christlichen Spaltergewerkschaften auf breiter Front das Tor in die Betriebsräte aufstoßen. In dieser Frage hat die Union nach dem Treffen Kompromißbereitschaft angekündigt. Die Stützungsunterschriften sollen nicht mehr ersatzlos wegfallen, allerdings gegenüber dem derzeitigen Stand für Betriebe unter 2000 Beschäftigten erheblich gesenkt werden. An der Einführung von Sprecherausschüssen für leitende Angestellte aber soll festgehalten werden. In dieser Frage besteht lediglich Bereitschaft, mit dem DGB über das „Wie?“ zu verhandeln.

Den Hauptgrund für den Geist der „neuen Zusammenarbeit“, der die DGB-Spitze erfaßt hat, dürfte Rappe formuliert haben: „Die Gewerkschaften haben inzwischen registriert, daß sie bis 1987 mit dieser Regierung leben müssen.“ Vor allem haben die DGB-Spitze und die Führungen der meisten Einzelgewerkschaften bislang wenig getan, um den Zustand „mit dieser Regierung leben zu müssen“ zu ändern: nicht einmal während des Streiks für die 35-Stunden-Woche, als die Regierung offen als Arbeitskampftrope der Unternehmer auf den Plan trat, haben sie für den Sturz dieser Regierung gekämpft. So aber steht die Alternative: entweder man kämpft gegen diese Regierung, die an allen Fronten die Schwächung der gewerkschaftlichen Positionen betreibt, oder man macht sozialpartnerschaftliche Miene zum bösen Spiel, plaudert in angenehmer Atmosphäre im Kanzler-Bungalow, während im Bundestag die reaktionären Gesetze und unsozialen Maßnahmen verabschiedet werden.

1977 haben die Gewerkschaften die konzertierte Aktion verlassen. Der unmittelbare Anlaß war die Mitbestimmungsklage der Unternehmer vor dem Bundesverfassungsgericht. Vorangegangen war ein jahrelanger Sturm auf der klassenkämpferischen Gewerkschaften gegen die konzertierte Aktion. Die Erfahrungen hatten völlig eindeutig gezeigt, daß diese Einbindung der Gewerkschaften in die Regierungspolitik und in die Kooperation mit den Unternehmensvertretern den Gewerkschaften schwer geschadet hat. Jetzt will die DGB-Führung, um der Auseinandersetzung mit der

CDU/CSU/FDP-Regierung auszuweichen und klassenkämpferische Bestrebungen in den DGB-Gewerkschaften abzublocken, die Neuaufgabe der „konzertierten Aktion“. Natürlich distanzieren sich Ernst Breit von dem Begriff „konzertierte Aktion“, aber in der Sache sagt er nicht nein.

Strafbefehle statt Anklagen von der Staatsanwaltschaft Warenhauskartell und Steuerbetrug

Zu den Bemühungen, die Ermittlungen bezüglich Steuerbetrugs und Parteispenden, sowie ihre Ergebnisse auf möglichst kleiner Flamme zu halten, gehört auch die Taktik, nur noch Strafbefehle statt Anklagen zu verschicken. Dies hat jetzt die Staatsanwaltschaft auch an die Chefs der Warenhauskonzerne, die sich unter Karstadt-Führung zu einem regelrechten Kartell zusammengeschlossen hatten, getan.

Durchkreuzt wurde dieses Vorgehen vom Widerspruch der beiden Karstadt-Topmanager Deuss und Althoff (der der Gründerfamilie entstammt). Die Signale dazu waren von den

CDU, Theodor Althoff, Mitglied des Vorstandes der Karstadt AG. Althoff war ohnehin der aktivste Parteieinkäufer der Branche. Er ließ drei Mitarbeiter des CDU-Wirtschafts-



Kohl und Geldgeber auf Beschaffung in China

Großbanken gesetzt worden, die eindeutig klargemacht hatten, daß es ihre Forderung ist, den Spendenbetrug, den Kauf politischer Maßnahmen als normal zu betrachten — ganz so, wie es etwa Hans Merkle auch vor dem Stuttgarter Landtagsausschuß getan hatte (siehe auch RM 4/85). Also: Keine Hinnahme von Strafbefehlen. Sie wollen keine „stille Beerdigung“ sondern nach wie vor öffentliche Absolution.

Dem Kartell, das sich nach Berichten des „Spiegel“ unter dem Decknamen „Mauritius“ traf, gehörten alle großen Warenhäuser der BRD an. Einberufen wurden seine Sitzungen durch das Parteimitglied der

rates vom Konzern bezahlen, er selbst bestätigte sich als eifrigster „Spenden“-Sammeler, der allein in zwei Jahren 775 Spenden für die CDU einsammelte, Tag für Tag eine. Dabei verdiente der Karstadt-Konzern selbst rund 2,25 Millionen Mark an eingesparter Steuer. Nach Gesetzeslage illegal, versteht sich.

Die Entlastungsarbeit der Staatsanwaltschaft bestand nun darin, einerseits die verschiedenen Fälle auseinanderzudividieren, seine Sammelei bei anderen abzutrennen und als geringfügig darzustellen. Andererseits wird das Vorgehen durch die „honorarigen Personen“, von denen Karstadt um Spenden angegangen worden sei und durch die

„Bedeutung des Konzerns“ — gemildert(!).

Einst, in den jungen Jahren des Kapitalismus, hieß die Kritik an der Formel „Gleiches Recht für alle“ noch, daß weder arm noch reich ein Brot stehlen dürften. Heute, in dieser BRD arbeitet die Justiz ganz offen mit dem Grundsatz, die Reichen (honorarigen, großen) dürfen schon ...

Die Formel, die diese Schöpfung bemänteln soll, wird mit dem Begriff der „gravierenden Nachlässigkeit“ zusammengefaßt — der auch schon in dreien der bisherigen vier abgeschlossenen Prozessen wegen Spendenbetrugs eine entscheidende Rolle spielte. Und damit stehen Staatsanwaltschaft und Gerichte auf der unteren Ebene bekanntlich nicht allein — der Finanzgerichtshof hatte ein solches Vorgehen geradezu gefordert.

Bezeichnenderweise ist ein ganz bestimmter Teil der Kritik an Flick, wie sie aus dem bürgerlichen Lager kam inzwischen verstummt. War Flicks Leuten zuerst — mehr oder minder unverblümt — die Ungeschicklichkeit ihres Vorgehens vorgeworfen worden, vor allem, daß sie über alles Aufzeichnungen gemacht haben, so wurde inzwischen deutlich, daß solcher Art Aufzeichnungen wohl in allen bundesdeutschen Konzernzentralen, bzw. in den Büchern eigens von ihnen für Einflußnahme und Steuerbetrug geschaffenen Organisationen liegen. Was dann in der Tat auch die einzige gravierende Nachlässigkeit ist, die man diesen Leuten „vorwerfen“ kann.

Der Sand einer ganzen Wüste ist schon ausgestreut, in dem sich die Erkenntnisse über den realen Herrschaftsprozess in der BRD verlaufen sollen ...

In der Defensive: Hermann Rappe

Der Vorstoß des rechten Flügels der SPD-Führung, der Rappe, Renger und Co. sollte über eines nicht hinwegtäuschen: Sie argumentieren aus einer Verteidigungshaltung heraus.

Ihr politisches Credo lautet: Keinesfalls eine Koalition mit den Grünen, wenn nötig stattdessen eine große Koalition mit der CDU. Das ist der wesentliche Inhalt ihrer Plattform — neu daran ist nur die Intensität, mit der sie vorgebracht wird und der massive Versuch, Vogel als Kanzlerkandidaten auszuschalten.

Rappe — als IG-Chemie-Vorsitzender in Kreisen aktiver Gewerkschafter aller Schattierungen ausgesprochen unbeliebt — begründet dies damit, daß er als Sozialdemokrat nicht mit einer industriefeindlichen Partei zusammenarbeiten könne. Eben diesen Kurs steuere aber Vogel — was so faktisch gar nicht ohne weiteres stimmt — und das mache dessen Arbeit vor allem so wirkungslos.

Keine Schwierigkeiten hat Hermann Rappe aber offensichtlich bei der Forderung nach Zusammenarbeit mit einer ausgesprochen arbeiterfeindlichen Partei. Zweieinhalb Jahre CDU-geführte Regierung sollten dafür Beweis genug sein, neben all dem vielen anderen.

Seine Sorge gilt doch ohne Zweifel der Tatsache, daß bestimmte Absichten „der Industrie“, und die steht nun mal unter dem Kommando ihrer Eigentümer, bei SPD-Grünen Koalitionen in die Kritik geraten könnten. Diese Sorge ist offensichtlich größer als die um die eigene Partei — denn die müßte ja laut Rappe und Renger in Hessen und einer ganzen Anzahl Städten aus der bestehenden Regierung austreten, die Führung teilen usw. Die kommenden Landtagswahlen erscheinen da als ein weiterer Anlaß dafür, daß diese Position wenig Chancen hat — eben aus der Defensive argumentiert.

Wenn es die CSU den Grünen nachmacht ...

Die Grünen haben gehandelt. Gegenüber ihrem — von Neonazis unterwanderten — Landesverband Westberlin. Man kann sich lange darüber streiten, warum recht spät gehandelt wurde, warum so und nicht anders usw. Da der LV, beziehungsweise seine Führung sich weigerten, entschieden vorzugehen, hat der Hauptausschuß der Partei gehandelt. Völlig zu Recht. Es steht einer demokratischen Partei zur Pflicht an, so zu handeln, wenn sie auf Nazis in den eigenen Reihen stößt: Nicht nur diese selbst hinauszuerwerfen, sondern auch prüfen, wie es passieren konnte und Verantwortliche auch zur Verantwortung ziehen.

In den bürgerlichen Medien wurde darüber viel Aufhebens gemacht — das kann man mit Sicherheit niemand vorwerfen, das ist in der Tat ein Thema. Vorzuwerfen haben Demokraten in diesem Zusammenhang nur jenem Teil der Presse etwas, der jetzt versucht auf Härte zu machen.

Diese Leute, die keine Journalisten sind, sondern Journalle, die müssen sich allerdings fragen lassen, warum sie nicht die demokratische Maßnahme „gleiches Recht für alle“ — formal ohne Zweifel eine bürgerlich-demokratische, moralische Norm — anwenden. Wenn beispielsweise die Forderung erhoben würde, die CSU des Franz Josef Strauß solle nach denselben antinazistischen Maßstäben handeln, wird doch auch sie oft genug als demokratische Partei dargestellt.

Wenn es die CSU den Grünen nachmacht — und gegen Landesverbände vorgeht, die nazistisch unterwandert sind, dürfte nicht viel passieren. Allgemein bekannt ist, daß nur ein Landesverband der CSU nazistisch unterwandert ist ...

Impressum

Herausgeber: ZK der KOMMUNISTISCHEN PARTEI DEUTSCHLANDS (Marxisten-Leninisten) KPD

Verlag Roter Morgen GmbH, 46 Dortmund 30, Postfach 300526. Bestellungen an Vertrieb, 46 Dortmund 30, Postfach 300526. Postscheckkonto Nr. 79600-461. Bankkonto: Stadtparkasse Dortmund Nr. 321000290 (Verlag Roter Morgen), Telefon: (0231) 433691 und 433692. Verantwortlichen Redakteur: Detlef Schneider, Dortmund. Druck Montania-Druck, 46 Dortmund. Erscheinungsweise wöchentlich freitags. Einzelpreis 1 DM. Abonnement: 60 DM für 1 Jahr, 30 DM für 1/2 Jahr. Die Abo-Gebühren sind nach Erhalt der Vorausrechnung zu zahlen. Sobald die Rechnung beglichen ist, wird die Lieferung aufgenommen. Kündigungen müssen bis spätestens einen Monat vor Ablauf bei uns eintreffen.

Jonglieren mit Zahlen

Rente — ohne Ende?

Ohne Ende ist die Debatte um die Renten — aus gutem Grund. Mit ständiger Flickschusterei, ausserdem Herumjonglieren mit Zahlen, wechselnden Plänen der Regierungsparteien wird ein Klima zu schaffen versucht, in dem tiefgreifende Eingriffe in das Renten-Versicherungssystem möglich werden. Nachdem zum Jahresende, wie in den letzten Tagen bekannt wurde, die Reserven der Rentenkasse auf gerade noch 10 Tage (das sind die oft beschworenen 0,3 Monate ja) ausreichten, verschärft sich die Debatte erneut.

Schon kurz nach der als „sozial“ gepriesenen Reduzierung der — faktischen — Rentenkürzung 85 waren bereits wieder zwei neue Zahlen aufgetaucht. (Siehe auch RM 4/85). Erhöhung der Beiträge auf 19 Prozent und Erhöhung der Krankenversicherungsbeiträge der Rentner auf 6 Prozent im Jahr 1986. Bei der nach den jüngsten Berichten der Rentenversicherung angestellten Überlegungen der konservativen Parteien geht es auch um den Streit um den — nach Redaktionsschluss verabschiedeten — diesjährigen Jahreswirtschaftsbericht der Bundesregierung.

Nachdem in den letzten Wochen sehr deutlich wurde, wie wenig Verlaß auf Bonner Zahlen in Wirklichkeit ist (als die Quote der Lohnerhöhungen, nach denen sich die Rentenerhöhung bemisst sozusagen täglich geringer wurde) ist nun auch innerhalb der Regierung Streit darüber ausgebrochen, ob die im Entwurf des Jahreswirtschaftsberichts vom Finanzministerium genannten Zahlen wenigstens annähernd realistisch sind. Die weiteren konkreten Maßnahmen werden im Februar

entschieden — nur gibt es jetzt schon großen Druck von Seiten der Konzernvertreter im Bundestag, auf keinen Fall eine Erhöhung des Bundeszuschusses an die Rentenkassen zuzulassen. Bezeichnenderweise war es der sogenannte Sozialexperte der CDU-Bundestagsfraktion, der Siemens-Abgeordnete Haimo George, bekannt als Autor weitreichender Pläne zum Sozialabbau, der sich als erstes Nichtregierungsmitglied zu Wort meldete. George forderte — eben gerade um eine Erhöhung des Zuschusses aus der Kasse der Bundesregierung (die ja eventuell dazu führen könnte, daß die Konzerne aus dieser Kasse weniger bedient werden) zu verhindern — eine schnelle Erhöhung des Beitrages zur Rentenversicherung, damit sei ihre Zahlungsfähigkeit zu sichern. Abgesehen davon, daß dies so bezweifelt werden muß, allein schon deswegen, weil die Regierung mit ihren Zahlen auf Zehenspitzen über brüchiges Eis schleicht, zeigt auch seine Alternative, wo Siemens will, daß es lang geht. Im Ausgleich für die erneute Erhöhung sollen auf der anderen Seite erneut die Beiträ-

ge zur Arbeitslosenversicherung gekürzt werden — also das gleiche Modell, das die Regierung von CDU/CSU und FDP bereits im letzten Schritt praktizierte.

Die aktuelle Taktik der Kapitalisten und ihrer politischen Vertreter zeigt sich hier erneut: Hin- und Herschieben von Geldsummen, am Ende steht dann felsenfest, daß die Arbeitslosenversicherung weniger Geld bekommt. Was heißt: Daß die Arbeitslosen weniger Geld bekommen, weiter ausgegrenzt werden sollen. Womit weitere Kürzungen und Einschnitte in diesem Bereich immer dringender werden.

Auf der anderen Seite heißt das keineswegs, daß so etwa die Renten gesichert würden. Nicht nur, daß die Rentner selbst real immer weniger bekommen — das wird deutlich, sobald man die jonglierten Zahlen einer sogenannten Erhöhung mit den gegenwärtigen Teuerungsrate vergleicht — indem als einziger Weg stets die Beitragserhöhung dargestellt wird, ist relativ leicht auszurechnen, wann der Zeitpunkt kommt, da die Propagandawende insofern eintritt, als gesagt werden wird, nun sei es endgültig genug, jetzt müsse man halt kürzen usw.

So wird, verdeckt hinter all dem Gerede um Finanzsicherheit, erneut zum Marsch auf soziale Sicherungssysteme geblasen, werden neue Attacken gegen Arbeitslose und Rentner vorbereitet und geritten.

KRISE, KABEL, KAPITAL

Eine lockere Folge von Artikeln zur Frage „neue Technik — neue Medien“ hatten wir im RM 3/85 begonnen, mit der Wiedergabe von Auszügen aus einer Broschüre, die die wirtschaftliche Dimension der ganzen Sache umriß. Heute der Artikel eines Genossen, der sich vor allem mit der grundsätzlichen Frage der Arbeitsplatzvernichtung befaßt, sowie mit dem „Verhältnis“ der Auswirkungen im betrieblichen und im medienpolitischen Bereich und dabei einige Perspektiven aufzeigt. Demnächst erscheint in dieser Artikelreihe ein ausführlicher Aufsatz aus Karlsruhe, der versucht, einen Gesamtüberblick zu geben.

Lösen die neuen Technologien die ökonomischen Probleme in den westlichen Industriestaaten, oder lösen sie eine Verschärfung der katastrophalen Situation insbesondere auf dem Arbeitsmarkt aus? Wird der Traum des modernen Bürgertums von der Machbarkeit einer reicheren, rationaleren, planmäßigeren und auch konfliktfreieren Welt in Erfüllung gehen, oder wird sich das Trauma vieler Arbeiter von der totalen Rationalisierung und Kontrolle bestätigen?

Die wirtschaftliche Entwicklung der westlichen Industriestaaten ist momentan gekennzeichnet durch Stagnation, Krisenhaftigkeit und ökonomische Widersprüche in zunehmend größeren Dimensionen. Das reale gesamtwirtschaftliche Wachstum sank in der BRD von (jahresdurchschnittlich) 8 Prozent in den 50er Jahren, 5 Prozent in den 60er Jahren, 3 Prozent in den 70er Jahren auf 0 Prozent in den 80er Jahren. Der jährliche Produktivitätsanstieg aber bewegt sich konstant zwischen 2 und 5 Prozent. Seit Anfang der 70er Jahre gibt es deshalb eine Differenz zwischen Wachstum und Produktivität. Da das Kapital die Profite „draußen“ auf den Märkten nicht mehr oder nicht mehr aus-

reichend erzielen kann, eignen sich die neuen Technologien hervorragend dazu, die Gewinne „drinnen“ in den Betrieben aus den Beschäftigten herauszupressen. Rationalisierungsmaßnahmen werden getroffen, um die Produktivität zu erhöhen. Diese Entwicklung mußte zwangsläufig auf Kosten der Arbeitsplätze gehen. Seit 1979 hat sich die Massenarbeitslosigkeit in der Bundesrepublik verdreifacht, große Teile der Bevölkerung verarmen. 1,8 Millionen Erwerbslose sind bereits auf ihre Ersparnisse, ihre Angehörigen oder auf Sozialhilfe angewiesen.

Die bürgerlichen Ökonomen suchen die Lösung der Krise mit ihren traditionellen Rezepten. Als Patentlösung wird die Wachstumspolitik gepriesen — doch für die Wiederherstellung der Vollbeschäftigung bis 1990 sind jedes Jahr 6 Prozent reales gesamtwirtschaftliches Wachstum in der Bundesrepublik notwendig, eine Größenordnung, die außerhalb jeder Reichweite des Systems ist. Zur Erhaltung der heute bestehenden Arbeitslosigkeit sind jedes Jahr knapp 3 Prozent reales Wachstum notwendig, auch das ist wohl kaum zu erreichen. Bleibt es bei der augenblicklichen Stagnation der Wirtschaft, gibt es in der Bun-

desrepublik 1990 4—5 Millionen Arbeitslose — Verhältnisse, die viele Parallelen zu den 30er Jahren aufweisen. „Die Bourgeoisie kennt keine ausweglose ökonomische Situation“ (Lenin), d. h. wenn rein ökonomische Lösungen nicht vorhanden sind, müssen politische Lösungen her.

Die Computertechnologien sind die einzig noch stark wachsenden Bereiche der Volkswirtschaft. Die Dynamik dieses Produktionszweiges wird oft benutzt, um Wachstum im Bereich der Produktion und Anwendung der neuen Technologien als Ausweg aus der ökonomischen Krise zu propagieren. Die bürgerlichen Parteien CDU/CSU, FDP und auch SPD, ihre wirtschaftspolitischen Berater, sind sich einig, daß der Ausbau der neuen Technologien eine entscheidende Maßnahme zur „Modernisierung der Volkswirtschaft“ und zur Sicherung der „internationalen Wettbewerbsfähigkeit“ ist. Unter den Bedingungen des nicht planbaren, kapitalistischen Welthandels ist tatsächlich nur der wildwüchsige, chaotische Weg der Entwicklung neuer Technologien mit den Folgen der Arbeitsplatzzerstörung und der sich zunehmend verschärfenden ökonomischen Widersprüche möglich.

Die Dynamik der neuen Technologien wird als Heilmittel von der staatlichen Bürokratie propagiert. Je dynamischer aber der Bereich der Produktion der neuen Technologien ist, desto stärker ist auch der Abbau von Arbeitsplätzen, der kommt, wenn die Betriebe die neuen Technologien beherrschen. Deshalb ist die Förderung der Mikroelektronik, der Datenverarbeitungstechnik und vieler anderer Technologien unter den

Bedingungen der ständig wachsenden Massenarbeitslosigkeit reaktionär.

Doch der Ausbau der neuen Technologien wird eifrig mit Steuergeldern vorangetrieben.

Von besonderer Bedeutung in der gegenwärtigen Entwicklung dieser neuen Technologien ist der Ausbau der Telekommunikationstechnologien, d. h. der Verkabelung. Die Computer haben in den letzten Jahren die Verarbeitungs- und Speichermöglichkeit gewaltig gesteigert. Die Datenübertragung und gerade die Datenfernübertragung sind dadurch zum Engpaß geworden. „Was nützt es, wenn mit Hilfe eines Computers Informationen für die Bearbeitung eines Werkstückes in sekundenschnelle erstellt werden können und zugleich für den Transport der Informationen an das Bearbeitungszentrum — und nur dort kann der Wert entstehen — Tage oder Wochen vergehen.“ Deshalb soll in Zukunft das gegenwärtige Telefonnetz durch ein einziges riesiges Computerverbundsystem für jedwede Art technisch vermittelte Information und Kommunikation ersetzt werden. Zur Zeit führt die Bundespost unter der Bezeichnung BIGFON (Breitbandiges integriertes Glasfaserfernnetz) einen Feldversuch durch, in dem folgende Dienste integriert sind: Fernsprechen, Bildfernsprechen, Datenübertragung zwischen Computern, Textübertragung (Bürofernschreiben, Bildschirmtext, Kabeltext), Fernkopieren, Fernsehen, Hörfunk.

Obwohl in erster Linie um die Verkabelung eine medienpolitische Diskussion geführt wird, dient das 300-Milliarden-Projekt vorrangig der betrieblichen und gesellschaftlichen Rationalisierung.

Der „Rationalisierungsnutzen“ wird zweimal bis fünfmal so hoch eingeschätzt wie der Mediennutzen. Mit der Verkabelung der Bundesrepublik entsteht eine flächendeckende Infrastruktur aus Informationstechnologien. Wir stehen dabei heute nach wie vor erst am Anfang dieses gewaltigen Prozesses der „Computerisierung“.

Der Gnostic Report schätzte 1980, daß erst etwa 5 Prozent aller bis zum Jahre 2000 erschließbaren Einsatzmöglichkeiten für die Computertechnik und die auf ihrer Grundlage oder in Verbindung mit ihr entwickelten anderen neuen Technologien erschlossen waren. Ab 1992 soll mit dem Bau des universellen breitbandigen Glasfasernetzes in der Bundesrepublik begonnen werden. Es wird erst 20 bis 30 Jahre nach der Jahrhundertwende, so prophezeit Bundespostminister Schwarz-Schilling, vollständig ausgebaut sein. Nach Schätzungen von Siemens soll die „Informatisierung“ mindestens 200 Milliarden Mark kosten, die wohl die Steuerzahler aufbringen müssen werden.

Der lange mühselige Prozeß, der vor uns liegt, bringt viele Gefahren mit sich, schafft aber auch Chancen. Voraussetzung ist allerdings eine nüchterne Betrachtung der Gebrauchswerteigenschaften der neuen Technologien.

Die neuen Technologien können wegen ihrer Flexibilität fast jedem Bereich menschlicher Tätigkeit (nicht nur in der Arbeitswelt) eindringen. Bis 1990 sollen nach Aussage des Bundesinnenministeriums etwa 10 Millionen Arbeitsplätze in der BRD von dieser Entwicklung erfaßt werden.

Die wirtschaftliche Aufgabe dieser Rationalisierungstechnologien ist schlechterdings, Arbeitsplätze zu zerstören. Ihr Hauptsächlicher Nutzen liegt in der Steigerung der Arbeitspro-

duktivität und in der Kontrolle der Arbeitskräfte, die Benutzer der neuen Technologien, die in Wirklichkeit eher Benutzte sind.

Das Glasfaservermittlungsnetz soll bisherige Rationalisierungstechniken verbilligen und ihre Verbreitung fördern.

Dabei geht es nicht nur um die betriebliche, sondern auch um die private und gesellschaftliche Rationalisierung. Da jede Benutzung irgendeines der integrierten Dienste (von der Datenabfrage bis zum Abruf einer Fernsehsendung) in den zentralen Vermittlungsrechnern registriert wird, entstehen Daten-, bzw. Persönlichkeitsschutzprobleme von bisher ungeahntem und generell unkontrollierbarem Ausmaß. Datenbanken, Rasterfahndung, der computerlesbare Personalausweis und weitere Kontrolltechnologien weisen auf ein totales Überwachungssystem hin, das mit zunehmender Verschärfung der ökonomischen Krise weiter ausgebaut wird.

Auch die Arbeitszeitverkürzung bei vollem Lohnausgleich würde — auf längere Sicht — nicht viel dazu beitragen, die technologische Entwicklung, die Informatisierung der Gesellschaft aufzuhalten. Konzentration, Verlagerung von Kapital ins Ausland, technologische Rationalisierung und Betriebs-schließungen werden zunehmen und damit tendenziell auch die Klassengegensätze. Die Arbeiterbewegung muß deshalb durch angemessenen betrieblichen und gesellschaftlichen Widerstand dafür kämpfen, die chaotische, kapitalistische Profitwirtschaft durch gesellschaftliche Planung, durch Vergesellschaftungsmaßnahmen und Auflagen bei technischer Entwicklung einzuschränken, bzw. abzuschaffen und so die Grundlagen dafür legen, die neuen Technologien zum Wohle der Bevölkerung nutzen zu können. M. Schwarz

Fortsetzung von Seite 1

Kohl und Hupka an einem Strang

Nachdem er unterstrichen hat, daß in seinen Augen das Motto „40 Jahre Vertreibung — Schlesien bleibt unser“ ganz und gar nicht revanchistisch sei — dies sei alles nur Mißverständnis zuzuschreiben, formuliert dieser Hupka, was damit gemeint sei. Er schreibt:

„2. Schlesien ist historisch, geistig-kulturell, rechtlich und politisch Teil Deutschlands in seinen Grenzen von 1937 (Bundesverfassungsgericht 31. Juli 1973: „Das deutsche Reich existiert fort“).

3. Die deutsche Frage ist offen, erst in einem demokratisch legitimierten Friedensvertrag kann endgültig über ganz Deutschland und seine Grenzen entschieden werden.

4. Auch durch den Warschauer Vertrag werden weder Annexion noch Vertreibung und die dadurch entstandenen Grenzlinien anerkannt.

5. Schlesien ist nicht nur Heimat der Schlesier, sondern Eigentum aller Deutschen.“

Nun: Sicher gäbe es genügend „Deutsche“, die es einem Herrn Hupka auf deutsch versichern, daß sie auf Schlesien verzichten. Ebenso drängt sich der alte Wunsch auf zu sagen, soll er doch hin, wenn er will. Aber es geht ja um ganz etwas anderes, als das ewige Geschrei einer Truppe geldgieriger Leute, die gerne wieder polnische Landarbeiter für sich schufteten lassen

wollen, als störend zu empfinden.

Es liegt ja völlig auf einer Linie, einen solchen Forderungskatalog wie Hupka und Konsorten ihn hier aufstellen und vertreten und dann Artikel über Bundeswehr-Einmärsche zu veröffentlichen. Und da wird dann vollends deutlich, daß zwischen dem alten und dem neuen Schlesien-Motto allerhöchstens ein taktischer Unterschied besteht, keinesfalls aber in seiner Qualität, die beide Male lautet: Man hat uns was genommen, man soll es wieder uns geben — daß da die Frage der Gewalt sofort, automatisch mit im Raum steht, leugnen nur die, die es am laute- sten herausschreien. In dem Zusammenhang erscheint so ein Artikel dann eben nicht mehr als Ausrutscher, sondern als notwendige Folgerung und als Schlaglicht auf den Geist, der innerhalb von CDU und Vertriebenenverbänden geschürt wird.

Aber: Daß dieses in jenen Kreisen so vielgeliebte Deutsche Reich — und Herr Hupka hat noch nicht einmal den Mut, es so zu nennen, wie es hieß — das Dritte oder „Tausendjährige“ Reich Adolf Hitlers nämlich, einen Weltkrieg anzettelte, ihn verlor und dadurch zerschlagen „im Felde nicht besiegt sondern zerschmettert“ wurde. Alles das wird überhaupt nicht zur Kenntnis genommen. Und eben das heißt Revanchismus: So tun, als

habe es alles das nicht gegeben, als könne man ohne in dieser Frage Hitlers geistiger Sohn zu sein, einen neuen Anlauf nehmen.

Daß er sich mit dieser Position auf das Bundesverfassungsgericht berufen kann, sagt genug über diesen Staat aus, dessen zentrale Verfassungsin-

stanz dieses Gericht ist.

Er kann sich aber noch auf mehr berufen: Auf die um ein mehrfaches angewachsene finanzielle Hilfestellung der Regierung für die „Vertriebenenverbände“ seit Kohls Amtsantritt (aber auch die von der SPD geführten Landesregierungen geben viel Geld dafür) und eben vor allem auf die politische Aufwertung der politischen Ziele dieser Kreise durch die CDU/CSU.

Einen Mann wie Dregger beispielsweise, der Hitlers Niederlage beweinen möchte, liegt

es natürlich sehr nahe, diese Funktionäre, ihre Zeitung und Autoren zu verteidigen und so seinen Beitrag zu leisten, das rechtste politische Spektrum zu mobilisieren.

Die Hauptarbeit dabei betreibt jedoch der Bundeskanzler. Nicht nur daß er — 20 Jahre nach Ludwig Erhard — dafür sorgt, daß es wieder einen Kanzlerbesuch bei Hupkas Verband gibt. Diese Linie hatte er von Beginn seiner Amtszeit an eingeschlagen und seine diversen Beiträge zum 17. Juni zeigten

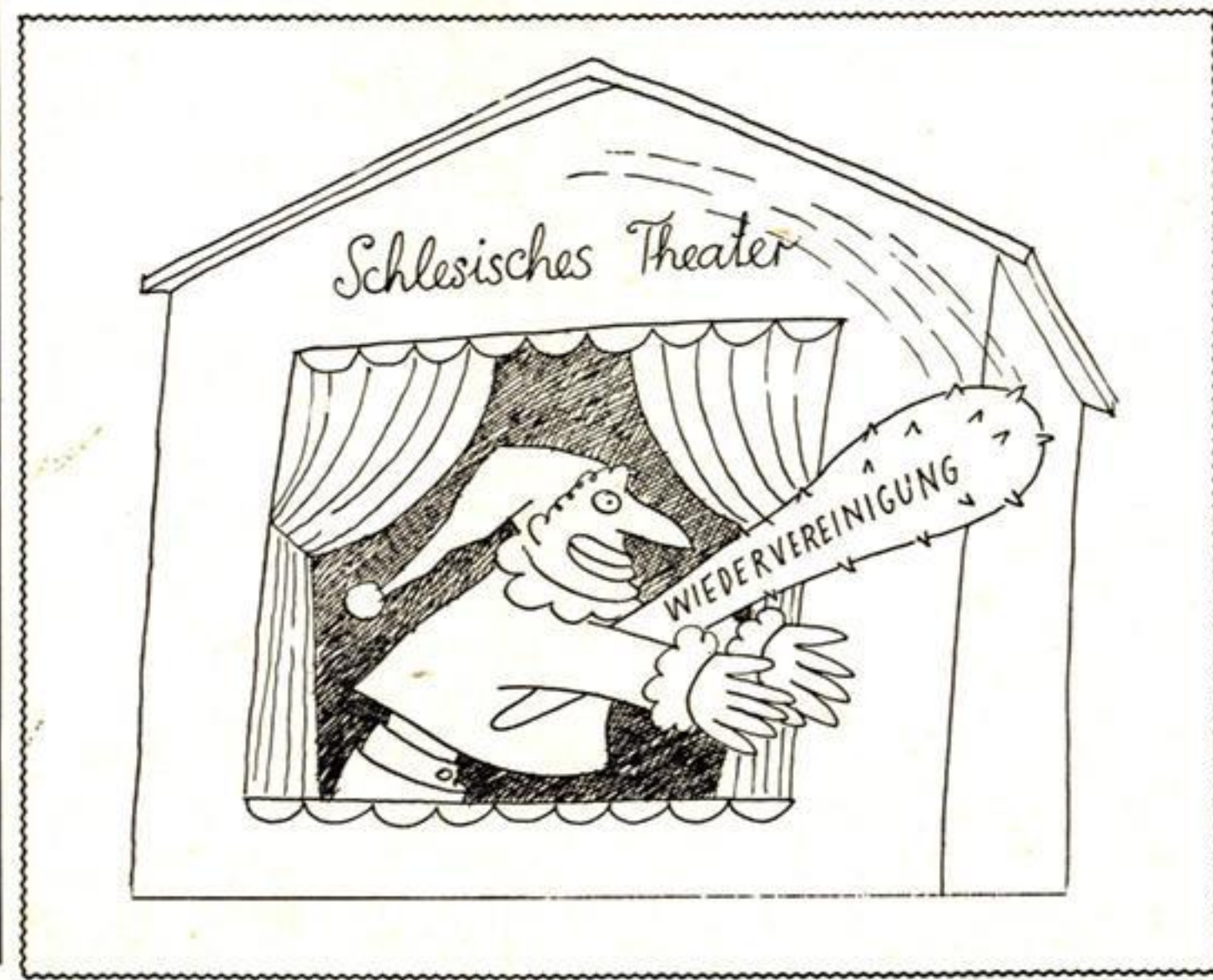
ihn als politischen Partner seiner Parteifreunde Hupka, Czaja und Co. Auch das von ihm für gut geheißen zweite Motto ist ein Beweis für diese Haltung. Von seinen ständigen Behauptungen, es gäbe in der BRD keine revanchistischen Bestrebungen einmal ganz abgesehen.

Mit solcher Politik werden jedoch jene Kräfte angefeuert, die für ein schnelleres, offeneres, aggressiveres Vorgehen sind, denen das „Tempo“ immer noch nicht genügt. Das wird auch in Hupkas Brief deutlich:

„Noch bei keinem Deutschlandtreffen der Schlesier wurde die Einladung an den Gastredner mit der Ankündigung des Mottos verknüpft, auch nicht 1965, als Bundeskanzler Professor Ludwig Erhard auf dem Deutschlandtreffen der Schlesier mit dem Motto „Schlesien — Deutschlands Osten“ sprach.“

Das sind die „alten Zeiten“, die sich die Hupkas wünschen, kalter Krieg, offene Forderung nach Grenzrevisionen in Europa, Hallstein-Doktrin und was alles noch ins Arsenal dieser reaktionären Haufen gehört.

Um so mehr sind diese Vorgänge Anlaß, erneut die aktuellen Forderungen zu erheben, die dem Revanchismus politische Schranken errichten, nach Anerkennung der polnischen Grenzen, nach völkerrechtlicher Anerkennung der DDR (über deren Existenz in den Debatten um revanchistische Taktik „vornehm“ ganz hinweggegangen wird) und nach Verfolgung offener Kriegshetze, wie sie die Zeitung „Der Schlesier“ betreibt.



In vielen Betrieben 38,5 Stunden für alle Einigungsstelle: Flexibilisierung bei Stihl

In vielen Betrieben der Metallindustrie wurden in den letzten Tagen und Wochen Betriebsvereinbarungen abgeschlossen, die die 38,5-Stunden-Woche für alle Kolleginnen und Kollegen vorsehen. In diesen Betrieben konnten die Bestrebungen der Unternehmer, die Belegschaften durch flexible Arbeitszeiten aufzuspalten, abgewehrt werden. Der erste Spruch einer Einigungsstelle in Sachen Umsetzung des Tarifvertrags Metall dagegen ordnet Flexibilisierung an.

„metall“ meldet in ihrer letzten Ausgabe, daß im Bezirk Hamburg bereits in 14 Betrieben die 38,5-Stunden-Woche für alle abgeschlossen wurde, in acht weiteren Betrieben seien Betriebsvereinbarungen ohne Flexibilisierung unterschrieben.

Abgeschlossen wurde die 38,5-Stunden-Woche für alle bei Bosch, Siemens/Witten, Kabelwerk Reinshagen/Bochum, Iveco Magirus/Ulm, Badische Stahlwerke/Kehl, Dornier/Friedrichshafen, im Nixdorf-Konzern u.a.

In zahlreichen anderen Betrieben aber halten die Unternehmer an der Linie des Unternehmervereins. Gesamtmetall fest und wollen um jeden Preis die Flexibilisierung durch-

setzen (siehe Bericht über Blohm und Voss auf dieser Seite). In vielen Betrieben könnte die Sache schließlich vor der Einigungsstelle landen. In diesem Zusammenhang kommt dem ersten Spruch einer Einigungsstelle sicher überbetriebliche Bedeutung zu.

Hans-Peter Stihl, der baden-württembergische Metallarbeitgebervorsitzende, lehnte in seinem Betrieb die Forderung des Betriebsrats nach 38,5 Stunden für alle kategorisch ab. Er wollte für 97 Prozent der Belegschaft eine von 38,5 Stunden abweichende Arbeitszeit durchsetzen. Die Einigungsstelle, auf Antrag von Stihl eingesetzt, entschied nun wie folgt: 27 Prozent der 2620 Beschäftigten arbeiten

weiter 40 Stunden. Dabei handelt es sich vor allem um Vorgesetzte, Referenten, Gruppenmeister und andere Spezialisten. 73 Prozent der Beschäftigten arbeiten in Zukunft 37,9 Stunden. Die Facharbeiter arbeiten noch bis Ende 85 40 Stunden, um dann ab 1. 1. 86 ebenfalls auf die 37,9 Stunden zu gehen.

Die Stuttgarter Bezirksleitung der IG Metall bewertet diesen „Kompromiß“ so: eine Spaltung der Stihl-Belegschaft habe verhindert werden können. Mißt man den Spruch der Einigungsstelle an dem, was Stihl ursprünglich durchsetzen wollte, mag man zu so einer positiven Beurteilung kommen.

Nur: man kann die Augen vor der Tatsache nicht verschließen, daß die Einigungsstelle zwar das Ansinnen Stihls abgelehnt hat, die tariflich festgeschriebene durchschnittliche betriebliche Arbeitszeit nur für eine ganz kleine Minderheit der Belegschaft zu verwirklichen, aber eben doch für eine Flexibilisierung entschieden hat. Das gibt zunächst einmal Anlaß zu einer eher pessimistischen Beurteilung der Frage, ob im Kampf gegen die Versuche der Unternehmer, die Belegschaften mittels Flexibilisierung weiter aufzuspalten, auf für die IG Metall positive Entscheidungen der Einigungsstellen gehofft werden kann. Daraus folgt als Orientierung, daß in den Betrieben durch Kampffaktionen versucht werden muß, die 38,5 Stunden für alle durchzusetzen, statt die Entscheidung der Einigungsstelle abzuwarten.

NUM-Sekretär Heathfield zum Rundschreiben des DGB-Vorstandes

Eine Verhöhnung der Wahrheit

Lieber Joe, Weihnachten habe ich von aktiven Gewerkschaftern in Deutschland, die während unseres Kampfes an Geldsammlungen beteiligt waren, eine umfangreiche Korrespondenz erhalten. Darin ist ein Brief enthalten, der vom 14. Dezember datiert und von Hans Jürgen Beck, einem Funktionär des DGB, gezeichnet ist. Dankenswerterweise fügten sie eine Übersetzung dieses Briefes bei, dessen Inhalt mich tief beunruhigt.

Der Brief bezieht sich auf eine von Norman Willis, dem Generalsekretär des TUC, organisierte Konferenz der Transportarbeiter-Organisation der Niederlande, Belgiens und der Bundesrepublik Deutschland, die das Ziel hatte, unsere Sorge über die beträchtliche Steigerung der Bewegung von Kohle durch europäische Häfen zu erörtern. Hans Jürgen Beck unterstellt in seinem Brief, die Konferenz sei zu dem Ergebnis gekommen, daß es nicht möglich sei, den Export von Kohle und Öl nach England mit Boykottmaßnahmen zu begrenzen. Dies ist eine Verhöhnung der Wahrheit, denn Norman Willis hat den Präsidenten und mich selbst informiert über die Vereinbarung, während des Bergarbeiterstreiks den Transport von Kohle und Öl nach Britannien einzuschränken. In der Tat gibt es nun reichhaltige Beweise, daß die belgischen Hafenarbeiter diesem Appell gefolgt sind. Er schreibt in seinem Brief ebenfalls, die NUM habe zugestimmt, daß alle finanzielle Unterstützung über den TUC-Solidaritätsfonds laufen solle. Ich kann Dir versichern, daß dies nicht der Fall ist, und es ist immer anerkannt worden, daß der TUC-Fonds eine Ergänzung des Miners Solidarityfonds ist, der von Treuhändern, die selbst nicht Bergleute sind, in Sheffield geführt wird, und Norman Willis bestätigt diese Auffassung.

Beck beklagt sich in seinem Brief weiterhin über die inoffizielle Anwesenheit von Vertretern in bestimmten europäischen Ländern. Wie Du selber genau weißt, hat Dich diese nationale Organisation autorisiert, in ihrem Namen für die National Union of Mineworkers

Sammlungen in der Bundesrepublik Deutschland durchzuführen, und ich habe Dir ein entsprechendes Beglaubigungsschreiben geschickt, und Herrn Schmidt von IGBE darüber informiert, daß Du in der Bundesrepublik in unserem Auftrag tätig bist. Ich weiß natürlich, daß in anderen europäischen Ländern einzelne Bezirke gebeten worden sind, Vertreter zu entsenden, um über den Bergarbeiterstreik zu informieren, und europäische Gewerkschaften haben finanziell und materiell auf das Anliegen der Bergarbeiter reagiert. Deshalb ist nichts an ihrer Anwesenheit irregulär.

Ich bin ebenfalls betroffen, daß Herr Beck sich dazu entschlossen hat, den Zweck der Konferenz, die Du in der Bundesrepublik Deutschland für den 12. Januar in Essen arrangiert hattest, zu verzerren. Offensichtlich ist in Deinem Versuch, zu informieren und Aktivitäten zu koordinieren, die eine Reihe administrativer Probleme, mit denen Du Dich herum-schlagen mußt, beseitigt wurden, die Autorität der nationalen Gewerkschaft zu unterminieren. Zu unterstellen, Du habest nicht die Autorität der NUM, zu einer solchen Konferenz aufzurufen, ist einfach unglaublich.

Im Schlußteil seines Briefes, in dem er auf die Notwendigkeit humanitärer Hilfe eingeht, erwähnt er, daß angeblich in vielen Häfen Lebensmittel containerweise verderben. Dies ist eine absurde Unterstellung und könnte nicht weiter von der Wahrheit entfernt sein. Ich hoffe, daß Du bei Deinen künftigen Veranstaltungen in der Lage bist, unseren deutschen Kollegen zu erklären, daß der von Hans Jürgen Beck unterzeichnete Brief eine reine Erfindung darstellt, und meiner Meinung nach zielt er darauf, die hervorragende Unterstützung, die wir von deutschen Gewerkschaftern auf lokaler und Betriebsebene erhalten, zu unterminieren. Ich bin überzeugt, daß Du jede Anstrengung unternehmen wirst, die so entstandene Unwahrheit zu berichtigen.

Mit gewerkschaftlichen Grüßen
P.E. Heathfield
Sekretär

Prozeß gegen Kollegen der IG Druck & Papier

Das Streikrecht vor Gericht

Die Stuttgarter Zeitung hat die IG Druck & Papier und die Kollegen Karl Lössch und Klaus Knödel auf Schadensersatz verklagt. Nachdem am 18. Mai 1984 der Kollege Horst Bekel

ersatz in Höhe von 49000 Mark. Aber in diesem Prozeß geht es um weit mehr als um Geld. Die Frage ist: muß eigentlich jeder Streikposten in Zukunft mit einer Schadensersatzklage des

Ergebnis der Haltung der Geschäftsleitung des Stuttgarter Druckzentrums, mit allen Mitteln die Produktion trotz Streiks aufrechtzuerhalten und die Auslieferung der Zeitungen und Zeitschriften zu erzwingen.

Offensichtlich wurden dabei auch die Auslieferungsfahrer aufgehetzt, sich das Anhalten durch Streikposten nicht gefallen zu lassen. Die Zeitung der IG Druck & Papier berichtet, daß von den ca. 20 schweren Fällen von Gewalt gegen Streikposten während des Arbeitskamps 84 sich mindestens fünf vor dem Stuttgarter Druckzentrum abspielten. Was bleibt von einem wirksamen Streikrecht noch, wenn die Gewerkschaften gezwungen werden sollen, solchem Unternehmerterror tatenlos zusehen? Wenn sie sogar juristisch haftbar gemacht werden sollen dafür, daß sie eine spontane Versammlung empörter Kolleginnen und Kollegen nicht verhindern? Jedes Verständnis von Streikrecht und Gewerkschaftsfreiheit wird hier auf den Kopf gestellt.

Zu Recht schreibt die Zeitung der IG Druck & Papier: „Man muß sich eigentlich nur wundern, warum die Möhringer Verleger noch nicht auf die Idee verfallen sind, Horst Bekel auf Schadensersatz zu verklagen. Schließlich hat er sich ja überfahren lassen und damit die angebliche Blockade verursacht.“



18. Mai 84 abends: Kollege Horst Bekel, Bezirkssekretär der IG Druck & Papier, durch einen Amokfahrer schwer verletzt

vor dem Stuttgarter Druckzentrum durch einen Fahrer schwer verletzt worden war, war es zu einer Versammlung Hunderter empörter Gewerkschafter vor dem Tor gekommen, so daß die bereits gedruckte Ausgabe der Stuttgarter Zeitung nicht ausgeliefert werden konnte. Für die entstandenen Papierkosten verlangt der Verlag nun Schadens-

Unternehmens rechnen und endet die Versammlungsfreiheit eigentlich dort, wo sie Unternehmerinteressen stört?

Wer ist für die Vorfälle am 18. Mai vor dem Stuttgarter Druckzentrum verantwortlich? Der Anschlag auf den Kollegen Horst Bekel war keineswegs ein Zufall. Er war vielmehr ein Er-

Überstunden abgelehnt werden sollen, solange noch Kurzarbeit und Entlassungen anstehen.

Aber auch für den Betriebsrat war dieser Besuch in der 1. Etage eine Mahnung. Es war nämlich offensichtlich, daß zumindest dem BR-Vorsitzenden unser Vorgehen mißfiel. So nahm ein anderer BR-Kollege die Sache und das Mega in die Hand (der VK-Leiter) und legte sich folgendermaßen fest: er verstehe diese Protestversammlung so, daß der Betriebsrat nicht den Auftrag habe, über Samstagsarbeit, geklaute Arbeitszeitverkürzung u.ä. irgendwelche Vereinbarungen abzuschließen. Die Forderungen, wie sie der Betriebsrat vorgelegt habe, müßten durchgesetzt werden. Wie wahr! Daran werden wir das weitere Vorgehen messen!

Blohm und Voss

Besuch in der Vorstandsetage

Am Dienstag, den 22. Januar, trafen sich morgens um 9 Uhr ca. 1000 Kollegen am Betriebsratsgebäude und zogen dann zum Eingang des Verwaltungsgebäudes. Der Anlaß: Protest gegen den Entwurf des Vorstands zur betrieblichen Umsetzung des Tarifvertrags. (Dazu das beigelegte Flugblatt der IGM-Vertrauensleute).

Vor der Tür wurde dann eine Protestversammlung durchgeführt und eine Resolution verabschiedet. Sie enthielt die Ablehnung des unverschämten Vorstands-Entwurfs und die hauptsächlichsten Forderungen der Belegschaft.

Diese Resolution sollte dann von einer Delegation der gerade tagenden Verhandlungsrunde von Betriebsrat und Vorstand übergeben werden.

Die versammelten Kollegen waren aber mit einer Delegation nicht zufrieden. Denn als die delegierten Kollegen hereingingen, setzte sich die gesamte Protestversammlung in Marsch. Die Feuerwehr versuchte noch, eine Tür dichtzumachen, aber das war wohl nichts.

Also herauf zum 1. Stock und in die Verhandlung. Da wurde dann der Vorstandssprecher zur Rede gestellt. An dieser

Auseinandersetzung waren ziemlich viele Kollegen beteiligt, die sich noch in der Frühstückspause nicht vorgestellt hatten, daß sie kurz darauf in dieser Form dem Vorstand die Meinung sagen würden.

Der Vorstandssprecher versuchte ständig, die Kollegen gegen den Betriebsrat aufzuheizen mit dem Argument, der BR lehne alle Überstunden ab. Es war wirklich ein gutes Ergebnis dieses Proteststreiks, daß bei einer Belegschaft, wie der von Blohm und Voss, wo es wirklich sehr schwer ist, gegen Überstunden anzugehen, die Kollegen einhellig der Meinung waren, daß alle



Vertrauensleute der IG Metall

Hamburg, den 18.01.1985

ARBEITSZEITVERKÜRZUNG AB 1. APRIL 1985

PROVOKATIONEN ABWEHREN

Am 14.01.1985 wurde dem Betriebsrat der Entwurf einer Betriebsvereinbarung zur Regelung der 38,5 Stunden-Woche ab 1. April 1985 vom Vorstand übergeben. Erste Verhandlungen finden am

22. JANUAR 1985, UM 9.00 UHR

statt.

Der dem Betriebsrat übergebene Entwurf ist eine einzige PROVOKATION und hat mit dem abgeschlossenen Vertrag über Arbeitszeitverkürzung nur wenig zu tun.

Der Abschluß einer solchen Vereinbarung würde einen Rückschritt um Jahrzehnte bedeuten. Er würde die Kollegen praktisch wieder zum Spielball der Unternehmungen machen, wie es die Tagelöhner nicht schlimmer erlebt haben. Ferner ist er mit dem Verlust von Einkommen, der Aufgabe der Verfügung über Freizeit und Privatleben sowie unterschiedlicher Behandlung von Einzelkollegen und ganzen Belegschaftsgruppen verbunden.

DIE WESENTLICHEN PUNKTE SIND

- + Der Sonnabend soll Regelarbeitszeit ohne Überstundenausgleich werden.
- + Freie Tage ohne Bezahlung hierfür werden von der Firma nach Belieben der Vorgesetzten angeordnet.
- + Um eine Arbeitszeitverkürzung zu verhindern, sollen die Frühstückspausen (15 Minuten) offizielle Pausen ohne Bezahlung werden.
- + Mehrarbeit, die in Freizeit abgezogen ist, wird ohne Zustimmung des Betriebsrates angeordnet (nicht mehr freiwillig)
- + Kurzarbeit bis zu 50% kann ohne Zustimmung des Betriebsrates künftig angeordnet werden.



- + Es gibt keine Arbeitszeitverkürzung für AT-Angestellte
 - + Auszubildende haben ebenfalls keine Arbeitszeitverkürzung
- Es gibt eine Reihe weiterer Negativpunkte, die im Einzelnen hier nicht genannt werden können.
- Belegschaft, IG Metall-Vertrauenskörper und Betriebsrat dürfen einer solchen PROVOKATION nicht tatenlos entgegensehen.
- Der IG Metall-Vertrauenskörper stellt deshalb folgende Forderungen auf, um zur Abwehr der vorgesehenen Maßnahmen zu kommen:
- 35 Die Forderung, die Arbeitszeit am Wochenende zu verkürzen (Freitag 1 und Donnerstag 1/2 Stunde) muß durchgesetzt werden!
 - 35 Frühstückspausen werden nicht vereinbart! Wie im Angestelltenbereich ist jedem gesetzlich die Möglichkeit zu geben, etwas zu essen und zu trinken!
 - 35 Die Mittagspause wird auf die gesetzliche Mindestfrist von 30 Minuten begrenzt!
 - 35 Überstunden (nur unter Beachtung der Mitbestimmung) grundsätzlich mit Wirkung vom 1.4.1985 an auf 20 Stunden begrenzt!
 - 35 Kurzarbeit und Überstunden werden nicht über den bereits bestehenden Rahmen (BetVg) hinaus behandelt.
 - 35 Alle Hafenbetriebe müssen einheitlich in dieser neu eröffneten Tarifrunde vorgehen.
- A C H T U N G !!!
- Alle geforderten Maßnahmen sind nur durchführbar, wenn die SOLIDARITÄT der gesamten Belegschaft hilft, diese PROVOKATION abzuwehren.
- Diskutiert mit Euren Kollegen darüber!!!
- DIE ERSTE VERHANDLUNG IST AM 22.01.1985, UM 9.00 UHR BEIM VORSTAND!!!

Herausgeber: IG Metall Vertrauenskörper Blohm + Voss AG
Verantwortlich: Johannes Müllner, IG Metall Verwaltungsstelle
Besenbinderhof 60, 2000 Hamburg 1



Mehrarbeit — einmal etwas gründlicher betrachtet!

Die Entwicklung der Arbeitszeit und der Überstunden in der Bundesrepublik

Während in den Jahren 1946 bis 1948 die Arbeitszeit bei 39 Stunden lag, erhöhte sie sich in den folgenden Jahren auf diese Zeiten: 1950: 48 Stunden; 1951: 47,4 Stunden; 1952: 47,5 Stunden; 1953: 47,9 Stunden; 1954: 48,6 Stunden; 1955: 48,8 Stunden; 1956: 48,0 Stunden.

Bis zum Jahre 1956 war z. B. in der Metallverarbeitung die tarifliche Wochenarbeitszeit auf 48 Stunden festgelegt. Erst danach sank sie in mehreren Stufen auf 40 Stunden 1967. Es verwundert also nicht, daß bis 1956 praktisch keine Mehrarbeit festzustellen ist, sondern die effektive Arbeitszeit im Metallverarbeitungsgebiet unter der tariflich erlaubten lag.

Erstmalig mit Einführung der 45-Stunden-Woche 1956 wurden im Metallbereich Überstunden gefahren. Die Unternehmer benutzten dies Mittel, um die alten Betriebszeiten der Anlagen zu erhalten, gleichzeitig, um keine sofortigen Neueinstellungen durchführen zu müssen.

Auch bei den zu Beginn der 60er Jahre erfolgten weiteren Schritten der Arbeitszeitverkürzung wurde von den Unternehmern nach dem gleichen Motto verfahren: Überstunden wurden in größerem Umfang von den Beschäftigten verlangt.

Die Tabellen 1 und 2 geben einen Überblick, wie die Arbeitszeitverkürzung in einzelnen Branchen durchgeführt wurde, parallel dazu, wie sich die Mehrarbeit entwickelte.

Die im Schaubild 1 dargestellte Senkung der durchschnittlichen Jahresarbeitszeiten der beschäftigten Arbeitnehmer von 1960 bis 1979 verdeutlicht zwei wichtige Entwicklungen.

1. Das Sinken der effektiven Arbeitszeit ist in erster Linie durch die tariflichen Arbeitszeitverkürzungen (Wochen- und Jahresarbeitszeitverkürzungen)

hervorgerufen, also durch die 40-Stunden-Woche, den 8-Stunden-Tag sowie die Verlängerung der Urlaubszeit.

2. Daneben gibt es auf sehr stabilem Niveau — parallel zum Krisenverlauf mit auf und ab — die Dauereinrichtung der Mehrarbeit. Die Mehrarbeitskurve zeigt dies deutlich.

hervorgerufen, also durch die 40-Stunden-Woche, den 8-Stunden-Tag sowie die Verlängerung der Urlaubszeit.

2. Daneben gibt es auf sehr stabilem Niveau — parallel zum Krisenverlauf mit auf und ab — die Dauereinrichtung der Mehrarbeit. Die Mehrarbeitskurve zeigt dies deutlich.

Tabelle 1
Die Verkürzung der tariflichen Wochenarbeitszeit von 48 auf 40 Stunden in verschiedenen Wirtschaftszweigen der BRD¹⁾

Wirtschaftszweig	45 Std.	40 Std.	Jahre	Stufen
Chemische Industrie	1957	1969	12	5
Metallverarb. Industrie	1956	1967	11	5
Druckindustrie	1956	1965	9	6
Textilindustrie	1957	1970	13	6/7
Baugewerbe	1957	1969	12	6
Nahrungs- und Genussmittelindustrie ²⁾	1957/58	1970/80	13/23	6/10

¹⁾ Die Angaben beziehen sich auf die in den verschiedenen Tarifgebieten häufigsten Vereinbarungen.

Quelle: Stat. Bundesamt, Fachserie 16, Reihe 4.1.

Mehrarbeitsstunden pro Jahr und beschäftigten Arbeitnehmer (1960-1979)

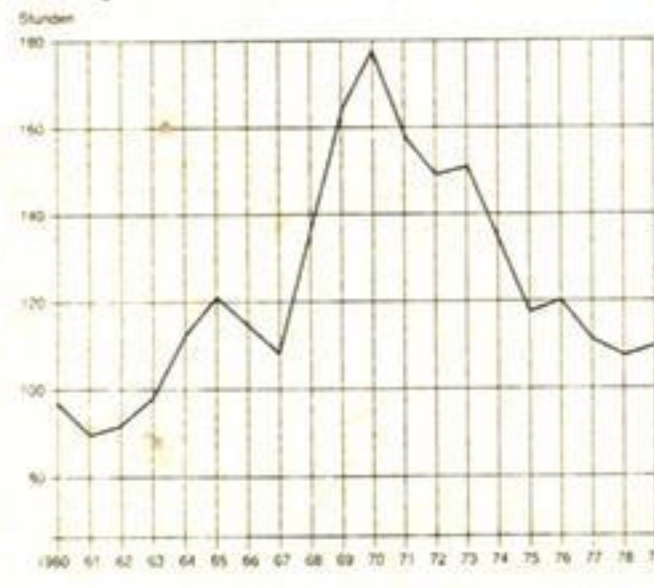
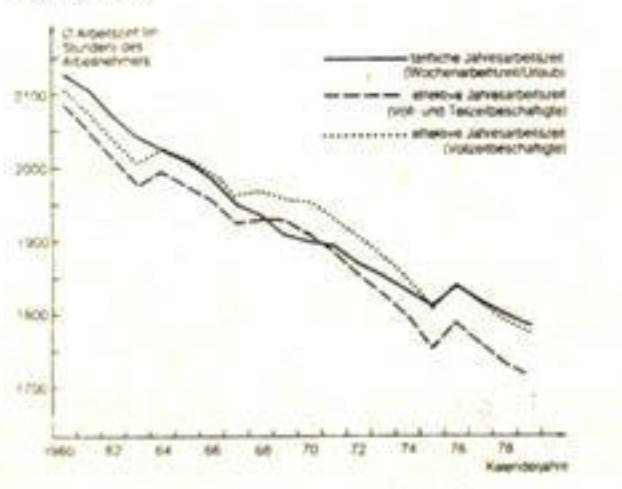


Tabelle 2
Geleistete Arbeitszeit und Mehrarbeit pro Woche der Arbeiter in der Industrie

Jahr	Mehrarbeitszeit			Jahr	Mehrarbeitszeit		
	WAZ in Std.	in Std.	in % der WAZ		WAZ in Std.	in Std.	in % der WAZ
1957	43,0	2,0	4,66	1964	41,1	2,8	6,81
1958	41,5	2,0	4,82	1965	40,2	3,0	7,46
1959	41,3	2,3	5,57	1966	40,1	2,7	6,73
1960	42,0	2,5	5,95	1967	39,6	2,1	5,30
1961	40,8	2,4	5,88	1968	39,2	2,9	7,40
1962	40,8	2,4	5,88	1969	39,7	3,5	8,82
1963	40,2	2,5	6,22				

Quelle: Stat. Bundesamt, Fachserie 16, Reihe 2.1 und 4.1; eigene Berechnungen.

Schaubild 1: Durchschnittliche Jahresarbeitszeiten der beschäftigten Arbeitnehmer von 1960 bis 1979



Was heißt das für die augenblicklichen Auseinandersetzungen um die Frage der Überstunden?

1. Überstunden und Sonderschichten sind als Problem nicht losgelöst zu begreifen und zu bewerten, sondern im Zusammenhang mit der Forderung und dem Kampf um generelle Verkürzung des Arbeitstages, der Arbeitszeit.

2. Daraus ergibt sich, daß die Stellungnahme zu Überstunden und Sonderschichten nicht ein moralischer Appell an die „Arbeitsplatzbesitzer“ zur Solidarität mit den Arbeitslosen sein kann und darf, sondern als Teil des Klassenkampfes behandelt werden muß.

3. Dieser Klassenkampf nun spielt sich auf verschiedenen Ebenen ab, in die die Arbeiter- und Gewerkschaftsbewegung eingreifen muß. Da ist zum einen die staatliche Ebene: Hier geht es um die Frage, welche gesetzlichen Beschränkungen für eine schrankenlose Ausdehnung des Arbeitstages durchgesetzt werden können. Aktueller Streitpunkt ist dabei die Arbeitszeitordnung und ihre Änderung — sowohl im Hinblick auf die Wochenarbeitszeit, die Tagesarbeitszeit, Nacht- und Schichtarbeit sowie die Begrenzung der Überstunden.

Da ist zum anderen die direkte Auseinandersetzung auf Branchenebene — festgeschrieben in Tarifverträgen. Dabei ist es in der letzten Tarifrunde zwar gelungen, eine gewisse Verkürzung des Arbeitstages und eine kleine Verringerung der möglichen Mehrarbeit durchzusetzen, jedoch teuer erkauft. Einmal durch die generelle Möglichkeit, für bestimmte Gruppen von Beschäftigten längere Vereinbarungen für mögliche Mehrarbeit zu treffen, zum anderen durch

weitere Flexibilisierungsmöglichkeiten in den Betrieben.

Hier steht für die Tarifrunde 86 sicher an, eine weitere Senkung der möglichen Mehrarbeit zu erreichen. Da ist zum dritten die betriebliche Ebene, speziell das Handlungsgebiet der Betriebs- und Personalräte.

Sie sind es jedenfalls, die den Tarifvertrag rechtsgültig umsetzen müssen, sie haben bestimmte direkte Mitbestimmungsrechte bei der Festlegung von Mehrarbeit.

4. Die Zielsetzung der Unternehmer beim Verfahren von Überstunden — und dem Gegenteil davon — Kurzarbeit — liegt auf der Hand: Mit möglichst geringer, sehr flexibler Stammbesetzung sich an die Markt- und Konkurrenzbedingungen anpassen, also noch „Notwendigkeit“ Überstunden und Sonderschichten fahren zu lassen.

5. Die Bereitschaft bzw. der Widerstand zu Mehrarbeit bei den abhängig Beschäftigten ist dagegen komplizierter und vielfältiger: Eine Untersuchung und Befragung in Bremen z. B. er-

brachte folgendes Ergebnis:

Unbestritten ist, wie schon in der Entwicklung der 20er Jahre gezeigt, aber auch heute angesichts von 4-5 Jahren Reallohnabbau und steigender Steuer- und Sozialabgabenbelastung, daß die materielle Notwendigkeit ein Zwangsmittel darstellt.

Unbestritten ist andererseits, daß das Wechselbad von Mehrarbeit und Kurzarbeit, nicht nur in den Krisenbranchen, sondern auch in anderen Wirtschaftsbereichen, durchaus auf nennenswerten betrieblichen und gewerkschaftlichen Widerstand stößt.

6. Aufgabe scheint es mir zu sein:

Diese genannten Zusammenhänge deutlich zu machen. Alle Bestrebungen, die sich richten auf einen auskömmlichen Lohn in normaler Arbeitszeit zu unterstützen und zu entwickeln.

Widerstand gegen die Ausweitung des Arbeitstages zu unterstützen und zu entwickeln, wozu natürlich konkrete be-

triebliche Taktik und Eingehen auf die konkreten Stimmungen und Ansichten im Betrieb notwendig sind.

In diesem Zusammenhang ist klares „Position beziehen“ gegen Mehrarbeit notwendige Bedingung zur weiteren Entwicklung des Widerstands, nicht um moralisch einwandfrei dazustehen, nicht um zu glauben, auf der Forderung „Keine Mehrarbeit“ generell und abstrakt die konkrete betriebliche Front aufbauen zu können, sondern zur Entwicklung klassenkämpferischer Positionen in Betrieb und Gewerkschaft.

Wenn Marx schrieb: „Die Schöpfung eines Normalarbeitstages ist daher das Produkt eines langwierigen, mehr oder minder versteckten Bürgerkriegs zwischen der Kapitalistenklasse und der Arbeiterklasse“ (Kapital I, Der Arbeitstag, S. 316), so ist gerade angesichts der Flexibilisierungs- und Lohnverbilligungsstrategien der Kapitalisten und ihrer Wenderegierung die Verteidigung des Normalarbeitstages, die generelle Verkürzung der Arbeitszeit, einschließlich der Mehrarbeit, eine Front an der klassenkämpferische und kommunistische Kräfte arbeiten müssen. Ein Umschwung zu einer klassenkämpferischen Gewerkschaftspolitik insgesamt ergäbe auch eher eine ähnliche Lage wie 1919/1920 in der Mehrarbeitsfrage, als viele Belegschaften nach der Proklamation des 8-Stunden-Tages trotz niedriger Löhne und trotz aller Lohnangebote der Unternehmer sich weigerten, Überstunden zu leisten.

Hartmut Siemon

Begründung für Überstunden

	Metallindustrie n = 4506	Holzgewerbe n = 2677
Einkommenserhöhung	62	30
Betriebliches Verlangen	23	40
Kollegen erwarten das	3	2
Andere Gründe	7	20
Keine Antwort	5	8

Karl Marx zur Arbeitszeitfrage

Ohne daß Platz gewesen wäre, die jeweiligen Auseinandersetzungen um die Arbeitszeit zwischen Arbeiterklasse, Kapitalisten und Staat genauer aufzuzeigen, wird deutlich, was Marx im Kapital über den Arbeitstag so kennzeichnete, wobei „Mehrarbeit“ bei Marx nicht Überstunden oder Sonderschichten bedeutet, sondern den Teil des Arbeitstages, der über die zur Reproduktion notwendige Zeit hinausgeht, in dem also Mehrwert produziert wird.

(...) Dagegen besitzt der Arbeitstag eine Maximalschranke. Er ist über eine gewisse Grenze hinaus nicht verlängerbar. Diese Maximalschranke ist doppelt bestimmt. Einmal durch die physische Schranke der Arbeitskraft. Ein Mensch kann während des natürlichen Tags von 24 Stunden nur ein bestimmtes Quantum Lebenskraft verausgaben. (...)

Außer dieser rein physischen Schranke stößt die Verlängerung des Arbeitstags auf moralische Schranken. Der Arbeiter braucht Zeit zur Befriedigung geistiger und sozialer Bedürfnisse, deren Umfang und Zahl durch den allgemeinen Kulturzustand bestimmt sind. Die Variation des Arbeitstags bewegt sich daher innerhalb physischer und sozialer Schranken. (...)

Der Kapitalist hat die Arbeitskraft zu ihrem Tageswert gekauft. Ihm gehört ihr Gebrauchswert während eines Arbeitstags. Er hat also das Recht erlangt, den Arbeiter während eines Tags für sich arbeiten zu lassen. Aber was ist ein Arbeitstag? Jedenfalls weniger als ein natürlicher Lebenstag. Um wieviel? Der Kapitalist hat seine eigene Ansicht über dies ultima Thule, die notwendige Schranke des Arbeitstags. Als Kapitalist ist er nur personifiziertes Kapital. Seine Seele ist die Kapitalseele. Das Kapital hat aber einen einzigen Lebenstrieb, den Trieb, sich zu verwerthen, Mehrwert zu schaffen, mit seinem konstanten Teil, den Produktionsmitteln, die größtmögliche Masse Mehrarbeit einzusaugen. Das Kapital ist verstorbene Arbeit, die sich nur vampyrmäßig belebt durch die Einsaugung lebendiger Arbeit, und um so mehr lebt, je mehr sie davon einsaugt. (...)

Der Kapitalist beruft sich also auf das Gesetz des Warenaustausches. Er, wie jeder andre Käufer, sucht den größtmöglichen Nutzen aus dem Gebrauchswert seiner Ware herauszuschlagen. Plötzlich aber erhebt sich die Stimme des Arbeiters, die im Sturm und Drang des Produktionsprozesses verstummt war:

Die Ware, die ich dir verkauft habe, unterscheidet sich von dem andren Warenpöbel dadurch, daß ihr Gebrauch Wert schafft und größten Wert, als sie selbst kostet. Dies war der Grund, warum du sie kauftest. Was auf deiner Seite als Verwertung von Kapital erscheint, ist auf meiner Seite überschüssige Verausgabung von Arbeitskraft. Du und ich kennen auf dem Marktplatz nur ein Gesetz, das des Warenaustausches. Und der Konsum der Ware gehört nicht dem Verkäufer, der sie veräußert, sondern dem Käufer, der sie erwirbt. Dir gehört daher der Gebrauch meiner täglichen Arbeitskraft. Aber vermittelst ihres täglichen Verkaufspreises muß ich sie täglich reproduzieren und daher von neuem verkaufen können. Abgesehen von dem natürlichen Verschleiß durch Alter usw., muß ich fähig sein, morgen mit demselben Normalzustand von Kraft, Gesundheit und Frische zu arbeiten, wie heute. Du predigst mir beständig das Evangelium der „Sparsamkeit“ und „Enthaltung“. Nun gut! Ich will wie ein vernünftiger, sparsamer Wirt mein einziges Vermögen, die Arbeitskraft, haushalten und mich jeder tollenden Verschwendung derselben enthalten. Ich will täglich nur soviel von ihr flüssig machen, in Bewegung, in Arbeit umsetzen, als sich mit ihrer Normaldauer und gesunden Entwicklung verträgt. Durch maßlose Verlängerung des Arbeitstages kannst du in einem Tage ein größeres Quantum meiner Arbeitskraft flüssig machen, als ich in drei Tagen ersetzen kann. Was du so an Arbeit gewinnst, verliere ich an Arbeitssubstanz. Die Benutzung meiner Arbeitskraft und die Beraubung derselben sind ganz verschiedene Dinge. Wenn die Durchschnittsperiode, die ein Durchschnittsarbeiter bei vernünftigem Arbeitsmaß leben kann, 30 Jahre beträgt, ist der Wert meiner Arbeitskraft, den du mir einen Tag in den andren zahlst, 1 : (365 x 30) oder 1 : 10950 ihres Gesamtwerts. Konsumierst du sie aber in 10 Jahren, so zahlst du mir täglich 1 : 10950 statt 1 : 3650 ihres Gesamtwerts, also nur 1/3 ihres Tageswerts, und stiehst mir daher täglich 2/3 des Werts meiner Ware. Du zahlst mir eintägige Arbeitskraft, wo dur dreitägige verbrauchst. Das ist wider unsren Vertrag und das Gesetz des Warenaustausches. Ich verlange also einen Arbeitstag von normaler Länge, und ich verlange ihn ohne Appell an dein Herz, denn in Geldsachen hört die Gemütlichkeit auf. (...)

Man sieht: Von ganz elastischen Schranken abgesehen, ergibt sich aus der Natur des Warenaustausches selbst keine Grenze des Arbeitstages, also keine Grenze der Mehrarbeit. Der Kapitalist behauptet sein Recht als Käufer, wenn er den Arbeitstag so lang als möglich und womöglich aus einem Arbeitstag zwei zu machen sucht.

Andrerseits schließt die spezifische Natur der verkauften Ware eine Schranke ihres Konsums durch den Käufer ein, und der Arbeiter behauptet sein Recht als Verkäufer, wenn er den Arbeitstag auf eine bestimmte Normalgröße beschränken will. Es findet hier also eine Antinomie statt, Recht wider Recht, beide gleichmäßig durch das Gesetz des Warenaustausches besiegt. Zwischen gleichen Rechten entscheidet die Gewalt. Und so stellt sich in der Geschichte der kapitalistischen Produktion die Normierung des Arbeitstages als Kampf um die Schranken des Arbeitstages dar — ein Kampf zwischen dem Gesamtkapitalisten, d. h. der Klasse der Kapitalisten und dem Gesamtarbeiter, oder der Arbeiterklasse.“

Kühnen und die FAP

Was sich in Frankfurt gegenwärtig abspielt, ist typisch für die staatliche Haltung gegenüber dem Neonazismus. Mehr als zwei Monate lang lief der Prozeß gegen den Neonazi Kühnen und Arndt-Heinz Marx. Vorher war die Frankfurter Justiz bereits monatelang mit Prozessen gegen andere Figuren aus dem Anhängerkreis der inzwischen verbotenen „Aktionsfront Nationaler Sozialisten“ beschäftigt.

Und während in den Gerichtssälen um Paragraphen

gestritten wird, formiert sich draußen die neonazistische Szene erneut in einer legalen Partei — in der FAP, der „Freiheitlichen Arbeiterpartei“. Inzwischen ist klar, daß die FAP auch an den Kommunalwahlen in Frankfurt teilnehmen wird. Mit der bekannten Hetze gegen alles, was ausländisch oder rot ist.

Einen Anlaß einzuschreiten, sehen Behörden und Politiker nicht. Obwohl in Hessen wie auch in Nordrhein-Westfalen, Niedersachsen oder Baden-Württemberg, wo die FAP ebenfalls kandidierte oder anderswie aktiv wurde, sogar in Verfassungsschutzberichten nachzulesen ist, daß es sich bei der FAP um die Nachfolgeorganisation der verbotenen „Aktionsfront Nationaler Sozialisten“ handelt.

Was nützt aber die juristische Verfolgung von Personen, wenn dem Neonazismus politisch nicht der Kampf angesagt wird?



Alles erlaubt?

Im Frankfurter Wahlauschuß, der über die Zulassung der FAP zur Kommunalwahl zu entscheiden hatte, haben auch Mitglieder der Grünen Sitz und Stimme. Eine Antifa-Gruppe aus dem Frankfurter Stadtteil Bornheim, aber auch der Kreisvorstand der Grünen hatten gefordert, daß die Grünen-Mitglieder des Wahlausschusses gegen die Zulassung der FAP stimmen sollten. Die Mehrheit des Kreisverbandes der Grünen stellte sich gegen diese Forderung. Die Grünen-Mitglieder im Wahlausschuß stimmten mit den Vertretern der anderen Parteien zusammen für die Wahlzulassung der FAP.

Begründet wurde diese Haltung zum Beispiel von Daniel Cohn-Bendit, einem ehemaligen Führer der Studentenbewegung, damit, daß solche „obrigkeitsstaatlichen Maßnahmen“ mit radikaldemokratischen und republikanischen Grundsätzen nicht vereinbar seien. (Aus diesem Grund hatte Cohn-Bendit sich übrigens auch gegen das Urteil gegen Kühnen

Dortmunder Bürger!

Am 30.3.1984 tritt die FAP (Freiheitliche Deutsche Arbeiterpartei) zu den Kommunalwahlen an.

- Wir fordern:
- Ausländerückführung!
 - Zutrittsstop für Ausländer in Stadtgebieten mit überdurchschnittlichem Ausländeranteil!
 - Sofortige Klappern für deutsche und ausländische Kinder, zum Erhalt des eigenen und fremden Kulturgutes!
 - Behebung von freigebliebenen Arbeitsplätzen durch Deutsche!
- Die FAP fordert:
- Kampf dem Drogenmissbrauch, besonders in Schulen und Jugendzentren. Wir wollen keine lehrbuchhaften Verhältnisse!
 - Stopp der roten Verunsicherung in Schulen und Schulen können neue Stellen in öffentlichen Dienst werden durch Entlassungen besetzt!
 - Mehr Gerechtigkeit und Hilfe für bedürftige Bürger!
- Unterstützen Sie unseren Kampf!
- WÄHLEN SIE AM 30.3.1984 DIE FAP!
- Deutsch-Arbeiterpartei

Ein Flugblatt der FAP aus dem NRW-Kommunalwahlkampf

und Marx ausgesprochen). Das Votum der Grünen gegen die Wahlzulassung der FAP hätte zwar nur symbolische Wirkung gehabt. Die Frankfurter Antifa-Gruppe weist aber zu Recht darauf hin, daß es gerade auf diese symbolische Wirkung angekommen wäre. Gegenüber der „Obrigkeit“, aber auch gegenüber der antifaschistischen Bewegung in Frankfurt und zur Unterstützung des Kampfes gegen die Ausländerfeindlichkeit.

Prozeß gegen Kühnen und Marx in Frankfurt

Gefängnisstrafen für Neonazis

Der Prozeß gegen die beiden Neonazis Michael Kühnen und Arndt-Heinz Marx in Frankfurt ist zu Ende. Kühnen wurde zu drei Jahren und vier Monaten Gefängnis verurteilt. Marx zu zwei Jahren und sechs Monaten. In beiden Fällen wurden bereits verhängte Freiheitsstrafen mit berücksichtigt. Mit diesem Urteil blieb das Gericht unter dem Strafantrag der Staatsanwaltschaft.

Es ging in diesem Prozeß um zwei Pamphlete der inzwischen verbotenen „Aktionsfront Nationaler Sozialisten/Nationale Aktivisten“, (ANS/NA), um den sogenannten Frankfurter Appell, das Gründungsdokument der ANS/NA, und um ein Flugblatt mit dem Titel „Man nennt uns Neonazis — na und?“. Kühnen, der Chef der ANS/NA,

ten die Neonazis ihre Flugblätter mit der Forderung nach der Wiederzulassung der NSDAP eine Zeitlang völlig unbelehrt auf der Frankfurter Zeil verteilen können. Ja mehr noch: ein Frankfurter Staatsanwalt hatte sogar ausdrücklich gegenüber der Presse erklärt, daß es an diesen Flugblättern rechtlich nichts zu beanstanden gäbe. Das Ge-

Adolf Hitler selbst usw. An keiner Stelle, weder wenn Kühnen für ein „nationalsozialistisches Großdeutschland“, noch wenn er für eine „vernünftige“ Rassenpolitik, noch wenn er für die Wiederbelebung der Tradition der SA eintrat, sah das Gericht einen Anlaß, einzuschreiten.

In seinem Schlußwort ging Kühnen dann sogar zu offenen Drohungen über. Wenn es verfassungsfeindlich sei, die NSDAP als Neugründung zu fordern, so Kühnen, dann sei es ebenso verfassungsfeindlich, die DKP als Nachfolge-Partei der KPD zuzulassen. Und wenn er



war außerdem noch angeklagt wegen eines 300 Seiten starken Buchmanuskripts, das er verfaßt hatte, als er, ebenfalls wegen neonazistischer Aktivitäten, in Bückeburg im Gefängnis saß. Die Anklage gegen Marx und Kühnen lautete auf verfassungswidrige Propaganda.

Vor allem zweierlei ist bemerkenswert an diesem Prozeß gewesen. Einmal die Sache mit dem sogenannten Verbotsirrtum. Kühnen hat immer wieder beteuert, daß er nicht gewußt habe und nicht habe wissen können, daß er sich mit den fraglichen Schriften strafbar mache und daß er wegen dieses Verbotsirrtums auch nicht bestraft werden dürfe. Tatsächlich hat

richt ließ diesen sogenannten Verbotsirrtum nicht gelten. Es verurteilte die beiden Neonazis. Dazu, daß Kühnen während der gesamten Prozeßdauer das Gericht als öffentliches Forum zur Verbreitung seines neonazistischen Gedankenguts benutzen konnte: mit der Forderung nach Wiederzulassung der NSDAP, mit seinem Bekenntnis für Hitlers Programm aus dem Jahre 1920, mit seinem Bekenntnis zu

jetzt verurteilt werde, dann, so Kühnen, wörtlich, „werden meine Kameraden durch die Bundesrepublik wetzen“ und alles einsammeln, was mit den Emblemen Hammer und Sichel versehen ist, was an die KPD oder an die Tradition der Arbeiterbewegung“ anknüpft.

Tatsächlich hat Kühnens ehemaliger Stellvertreter und heutiger Nachfolger als Führer der Neonazi-Szene bereits gewisse Vorbereitungen getroffen. Für die kommenden Monate ist eine großangelegte Propagandaaktion vorbereitet unter der Parole „Freiheit für alle NS-Kämpfer, Hände weg von Michael Kühnen“ ...

Versicherungsmafia gegen türkische Mitbürger

Im Herbst 1984 hatten 747 Türken aus Bremen und Umgebung von ihrer Kfz-Versicherung die Kündigung erhalten. Der ausländisch-deutsche Gesprächskreis machte gegen diesen Türken-Tarif durch die Hintertür mobil. Ein gewisser Höhepunkt der Aktivitäten sollte eine Protestveranstaltung sein. (Der RM berichtete.) Diese Veranstaltung hat inzwischen stattgefunden. In einem Bericht aus Bremen heißt es:

„Inzwischen hat die angekündigte Veranstaltung unter reger Beteiligung von Betroffenen und Mitgliedern des ausländisch-deutschen Gesprächskreises in Gröpingen stattgefunden. Vorausgegangen war eine ausführliche Berichterstattung in den wichtigsten Regional- und Stadtteilzeitungen.

Auf der Veranstaltung selbst wurde, insbesondere durch die Enthüllungen des gekündigten türkischen Versicherungsmaklers Erdinc deutlich, daß viele Versicherungsunternehmen mit einem ganzen Strauß von schmutzigen Methoden bemüht sind, Ausländer, insbesondere Türken, loszuwerden. Verweigerung der Doppelkarte, Verschleppung der Aufnahmeanträge, Einzelkündigung aus geringfügigem Anlaß, Verweigerung der Grünen Versicherungskarte bei Auslandsreisen durch Ausschluss der Länder Jugoslawien, Bulgarien, Türkei aus dem Versicherungsschutz, Sperren der Provision für Versicherungsvertreter bei Aufnahme eines Ausländers sind nur einige davon. Insofern stellt die von uns angeprangerte Massenkündigung nur die Spitze eines Eisberges dar. Zutreffend stellte ein türkischer Veranstaltungsteilnehmer fest, das Gebaren der Versicherungen stelle nichts anderes dar, als die Fortsetzung der offiziellen Bonner Ausländervertreibungspolitik im Bereich des Versicherungswesens.

Was soll mit den Gekündigten passieren? Auch hier wissen die Versicherungen Rat: Sie verweisen die Ausländer auf die PIONEER-Versicherung, die sie tatsächlich auch nimmt, nur zu bis zu 80 Prozent höheren Tarifen. Dies hat unseren Gesprächskreis dazu veranlaßt, von der „Einführung des Türken-Tarifs durch die Hintertür“ zu sprechen. Man muß nämlich wissen, daß das Bundesaufsichtsamt für das Versicherungswesen in einer Grundsatzentscheidung vom 2. November 1983 den Antrag des HUK-Verbandes auf Zulassung von Sondertarifen für Ausländer abgelehnt hatte. Diese Tatsache stärkt unsere Position erheblich und schafft günstige Bedingungen zur Herstellung einer breiten gemeinsamen Front gegen die Versicherungsmafia. So gelang es uns für Aktivitäten zur Unterstützung der gekündigten Kollegen die Arbeiterkammer, den Ortsbeirat, die Fatih-Moschee-Gemeinde, den Betriebsrat der Klöckner-Hütte und einen Vertreter des Senats für Arbeit zu gewinnen. Sicher werden es bald noch mehr sein.

Wie steht es um den Erfolg unserer Bemühungen? Hierzu ist zu sagen, daß bereits ein kleiner Zeitungsartikel im September 84 eine weitere Versicherung davon abgehalten hat, ebenfalls eine Massenkündigung durchzuführen. Die „Magdeburger“ rechnete sich vor Gericht so schlechte Chancen aus, daß sei bei einem Kollegen, der auf Ungültigkeit der Kündigung geklagt hatte, ohne den Prozeß abzuwarten, den Schwanz eingeknickt und in seinem Fall die Kündigung zurückgenommen hat. Wir haben auch bereits Hinweise, daß andere Versicherungen hier im Bremer Raum, jetzt, nachdem Öffentlichkeit hergestellt worden ist (auch das deutsche und türkische Programm von Radio Bremen informierten über diese Sache) im Umgang mit Ausländern sehr viel vorsichtiger taktieren werden.

Das alles hat uns darin bestärkt, daß wir einen richtigen und wichtigen Hebel im Kampf gegen die Ausländerfeindlichkeit von oben erwischen haben. Wir werden unseren Kampf in zwei Richtungen fortsetzen. Zum einen überlegen wir uns, wie die „Magdeburger“ dazu gebracht werden kann, alle 747 Kündigungen zurückzunehmen; und haben da auch schon ganz bestimmte Aktionen und Schritte im Sinn; zum anderen werden wir verstärkt das Gebaren der anderen großen Versicherungsunternehmen unter die Lupe nehmen. Denn Zähne haben wir, und beißen tun wir auch!

P.S.: Wir sind dankbar für Hinweise wie die Versicherungen in anderen Städten agieren.

Anzeige

Von der ANS zur FAP



Die Broschüre kostet 2 DM und ist erhältlich bei Dietrich Lohse, Lange Hecke 6, 4600 Dortmund 30

Seit einiger Zeit ist die FAP, die Freiheitliche Arbeiter Partei, bundesweit aktiv. Sie hat sich verschiedentlich an Wahlen beteiligt und kandidiert auch zu den Kommunalwahlen in Hessen im März. Wer ist diese FAP? Die Antwort darauf gibt eine jetzt neu erschienene Broschüre der Volksfront-Gruppe Dortmund. Mit viel dokumentarischem Material wird belegt, daß die FAP nichts anderes ist als die Nachfolgeorganisation der verbotenen Aktionsfront Nationaler Sozialisten des Michael Kühnen, der in Frankfurt gerade wegen verfassungsfeindlicher Propaganda vor Gericht steht.

Parteibüro Bremen:

Fensterscheibe zertrümmert



Am Wochenende 19./20.1.85 wurde die Fensterscheibe des Büros der KPD in Bremen mit einem Dachziegel eingeworfen. Das ist mittlerweile der dritte Anschlag dieser Art innerhalb weniger Monate. Bei dem letzten am 23.12.84 wurden zusätzlich noch Parolen der Art „Kommunisten an die Wand“ geschmiert. Daraus kann man wohl mit ziemlicher Gewißheit schließen, daß es sich bei diesen Vorfällen kaum um unpolitisches Rowdytum handelt, sondern die Täter in den reaktionären, nationalsozialistischen und faschistischen Kreisen zu suchen sind.

Ebenso ist es offensichtlich, daß nicht nur wir sondern alle möglichen demokratischen und linken Organisationen und Buchläden in der letzten Zeit von solchen und ähnlichen Angriffen betroffen sind. Das politische Klima in diesem unseren Lande verschlechtert sich zusehends. Die obengenannten Kreise fühlen sich sichtlich durch die Bonner Wendepolitik zu immer offensiverem und frecherem Auftreten und Handeln ermuntert.

40 Jahre zu spät

Am 25. Januar hat der Bundestag die Urteile des nationalsozialistischen Volksgerichtshofes für rechtsunwirksam erklärt. In der einstimmig gefaßten Entscheidung heißt es: „Der Deutsche Bundestag stellt fest, daß die als ‚Volksgerichtshof‘ bezeichnete Institution kein Gericht im rechtsstaatlichen Sinne, sondern ein Terrorinstrument zur Durchsetzung nationalsozialistischer Willkürherrschaft war.“

40 Jahre nach der Befreiung vom Faschismus ein solcher Beschluß des Bundestages. 40 Jahre galt die Auffassung des Nazi-Richters und späteren baden-württembergischen Ministerpräsidenten Filbinger: „Was damals Recht war, kann heute doch kein Unrecht sein.“

Was wird nun aus dieser Entscheidung noch folgen? Im September letzten Jahres wurde erstmals gegen einen Richter des Volksgerichtshofes Anklage erhoben. Gegen weitere 44 Richter wird ermittelt. Daß einer von ihnen verurteilt wird, ist mehr als unwahrscheinlich. Da sie allesamt nach 40 Jahren in hohem Alter sind, werden die Ermittlungsakten wohl durchweg mit den Verhandlungsunfähigkeits-Attesten geschlossen werden. 40 Jahre Verschleppung haben ausgereicht, um den faschistischen Mord-Richtern Straffreiheit zu verschaffen.

13 Jahre Berufsverbote



Am 28. Januar jährt sich zum 13. Male der sogenannte Radikalerlaß. Ausgerechnet während der Kanzlerschaft Willi Brandts, unter dessen Führung die SPD mit dem Slogan „Mehr Demokratie wagen“ in den Wahlkampf gezogen war, wurden die Berufsverbote eingeführt.

Das Wort Berufsverbote steht heute für die internationale demokratische Öffentlichkeit dafür, daß der obrigkeitstaatliche Ungeist in Deutschland ungebrochen ist.

Gewiß, politische Unterdrückung von Oppositionellen gibt es in nahezu allen Ländern der Welt — in sehr vielen Ländern sehr viel schlimmer und brutaler als bei uns. Aber daß Lehrer, Briefträger und Lokomotivführer systematisch durch die staatliche Gesinnungsschnüffelei erfaßt und bei Linksabweichung aus dem öffentlichen Dienst ausgemerzt werden — das gibt es nur in diesem unseren Land.

Über 6 Millionen politische Überprüfungen von Bewerbern für den öffentlichen Dienst hat es nach Angaben der Initiative „Weg mit den Berufsverboten“ seit 1972 gegeben. Sie haben zu über 6800 Berufsverbotsfällen geführt. Diese Zahlen machen deutlich, wie notwendig es ist, den Kampf für die völlige Aufhebung des Radikalerlasses zu verstärken.

Nach Pershing-Unfall in Heilbronn

SPD und Grüne fordern Aufstellungsstopp

In einer aktuellen Stunde debattierte der Bundestag am Freitag letzter Woche über die Hintergründe der Explosion am Heilbronner Raketenstandort Waldheide, bei dem drei US-Soldaten getötet und mindestens 16 verletzt worden waren.

„Hysterie“ und „Panikmache“ zu Felde zu ziehen.

Die SPD forderte einen Aufstellungsstopp und ein Transportverbot für die Pershing-Raketen bis zur endgültigen Klärung über die Ursachen der Ka-

tastrophe. Die Plutonium-Verstrahlung des gesamten Stadtgebiets von Heilbronn und Umgebung hätte die Folge sein können. Die Sendung „Monitor“ hatte am Abend zuvor darüber berichtet.

Auch der Gemeinderat von Heilbronn hat sich inzwischen



Auch in dieser Debatte blieb die Bundesregierung eine genaue Erklärung über den Hergang des Unfalls schuldig. Stattdessen erklärte Verteidigungsminister Wörner mit geradezu unglaublicher Kaltschnäuzigkeit, die Bevölkerung sei zu keinem Zeitpunkt in Gefahr gewesen. Auch andere Abgeordnete der CDU/CSU sahen ihre Hauptaufgabe darin, gegen

tastrophe. Der Abgeordnete der Grünen, Roland Vogt, legte dar, daß die Explosion in der Heilbronner Waldheide unter Umständen zu einer furchtbaren Katastrophe hätte führen können. Dann nämlich, wenn die Feuer- und Hitzewolke der Explosion sich nur hundert Meter weiter ausgedehnt und die dort lagernden mit Atomsprengköpfen versehenen Raketen erreicht

gegen eine weitere Stationierung der Raketen ausgesprochen. Einstimmig(!) beschloß der Rat, die Verwaltung zu beauftragen, für die unverzügliche Beseitigung des Raketenstandorts Heilbronn zu sorgen und dafür einzutreten, daß bis zur endgültigen Klärung der Unfallursachen alle Raketenübungen, -transporte und Flüge über die Waldheide eingestellt werden.

Schwarz-Schillings Kampf gegen zerbrochene Gewehre



Seit einigen Tagen dürfen die Beamten der Bundespost keine Briefe mehr befördern, auf denen das nebenstehende Symbol abgebildet ist. Dieses Symbol, so die Anweisung aus dem Bundespostministerium, sei nämlich Politik und Politik erlaube die

Bundespostordnung nicht.

Der Hintergrund für diese skandalöse Anweisung aus dem Hause Schwarz-Schilling: Im letzten Jahr hatte der Bundesvorstand der Deutschen Friedensgesellschaft — Vereinigte Kriegsdienstgegner (DFG-VK) beantragt, seine Frankiersmaschine mit einem Freistempel ausstatten zu dürfen, der eben dieses Symbol — ein zerbrochenes Gewehr — enthält.

Die Bundespost lehnte ab und berief sich dabei auf die Bundespostordnung. Die DFG-VK ging vor Gericht. Denn

der Post geht es ganz offensichtlich nicht darum, generell politische Embleme von den Briefumschlägen zu verbannen. Einer „Initiative für Ausländerbegrenzung“ wurde nämlich ein Freistempel mit Grafik genauso genehmigt wie etwa dem „Ehrenbund Rudel“, der als Emblem den alten Reichsadler mit Eisernem Kreuz im Eichenlaub im Freistempel hat. Die Politik auf einem bundesdeutschen Briefumschlag muß also nur braun genug sein, dann stört sie weder die Bundespostordnung noch Schwarz-Schilling.

Gummersbach:

Polizist und aktiver Nazi

Die Staatsanwaltschaft hat jetzt ein Ermittlungsverfahren gegen den stellvertretenden Leiter der Gummersbacher Schutzpolizei eingeleitet wegen des Verdachtes neonazistischer Umtriebe, Verfolgung Unschuldiger, Strafverletzung und anderer Delikte.

Der Polizeihauptkommissar hat in Gummersbach eine faschistische Jugendgruppe aufgebaut, mit der er nicht nur Nazi-Lieder sang, sondern auch

„Geländeübungen“ durchführte, wie der „Frankfurter Rundschau“ zu entnehmen ist. Der Vorgesetzte dieses Nazis ist übrigens schon einige Tage vor ihm ebenfalls vom Dienst suspendiert worden. Bei ihm wird allgemein von „dienstlichen Unregelmäßigkeiten“ gesprochen. Nähere Auskünfte wollen die zuständigen Stellen bis hin zum Innenminister im Moment nicht geben.

Die Tatsachen, die jetzt über

die Gummersbacher Polizei ans Tageslicht gekommen sind, könnten auch dem juristischen Nachspiel um den NPD-Parteitag im letzten Jahr in Wühl noch eine besondere Wendung geben. In Wühl war die Polizei mit sehr großer Brutalität gegen die demonstrierenden Antifaschisten vorgegangen. Verantwortlich für den damaligen Polizeieinsatz: die Gummersbacher Polizei.

Auseinandersetzungen beim BGS in Hessen

„... damit der Laden läuft“

Vor einiger Zeit besuchte die rechtsextreme Wiking-Jugend die Abteilung Mitte 2 des Bundesgrenzschutzes in Bad Hersfeld. Kommandeur der Abteilung ist ein gewisser Hermann Casel. Die entsprechende Bezirksgruppe der Gewerkschaft der Polizei protestierte dagegen und forderte die Ablösung von Casel. Daraufhin geschah folgendes:

Casel erstattete Anzeige wegen Beleidigung gegen den Unterzeichner der Erklärung. Ge-

stützt auf diese Anzeige erwirkte die Staatsanwaltschaft einen Hausdurchsuchungsbefehl und durchsuchte Mitte Januar die Wohnung des Polizeigewerkschafters, während dieser auf einer Personalratssitzung in Kassel war. Beschlagnahmt wurden Gewerkschaftsmaterialien und ein WDR-Kommentar zu dem skandalösen Besuch der Wiking-Jugend beim BGS. Die hessische Gewerkschaft der Polizei antwortete darauf, indem sie auf ihrem Gewerkschaftstag erneut die Ablösung des BGS-

Kommandeurs forderte. Reaktion des Kommandeurs: er leitete Disziplinarmaßnahmen gegen zwei BGSler ein, weil sie seiner Meinung nach bei dieser Beschlußfassung auf dem Gewerkschaftstag mitgewirkt hatten.

Demokratie in irgendeiner Form hat nach Casels (und nicht nur nach seiner) Meinung im BGS nichts zu suchen. Da muß gehorcht werden, „damit der Laden läuft, wenn wir zum Beispiel in Frankfurt an der Startbahn stehen“.



Der Heilbronner Raketenstützpunkt Waldheide

Demonstration gegen NATO-Manöver

In Hessen findet gegenwärtig das NATO-Manöver „Central Guardian“ statt. Mit über 50000 Soldaten ist es das bisher größte Winter Reforger Manöver. Geplant wird die — für die NATO noch nicht endgültig beschlossene — Airland Battle Strategie. Das stand zunächst auch in den Presseinformationen, die die US-Armee verteilte. Heute steht es nicht mehr drin. Die Bundesregierung intervenierte nämlich, die Unterlagen wurden daraufhin von jedem einzelnen Journalisten zurückbeordert — und jetzt brauchen wir uns nicht mehr zu beunruhigen, oder?

Gegen das Manöver, das mit 120 Unfällen allein in den ersten Tagen (dabei gab es mindestens zwei Tote) alle Rekorde brach, fand in der letzten Woche eine Aktionswoche statt. Unter dem Motto „Protest gegen Kriegsvorbereitung und Umweltzerstörung“ fanden zahlreiche kleinere Behinderungsaktionen statt, es wurden Flugblätter verteilt u.a.m. Am Samstag fand in Gießen eine Demonstration gegen das NATO-Manöver statt, an der sich ca. 500 Menschen beteiligten.

Rebmann vor Polizeischülern:

Der Feind steht links

Unter weiträumiger polizeilicher Absperzung und eingehenden Personenkontrollen — Durchlaß nur mit gelber Einladungskarte — sprach am Montag, dem 14. 1. 1985 Generalbundesanwalt Kurt Rebmann vor der mitten im Wald gelegenen Polizeifachhochschule Maria Tann bei Unterkirnach (Schwarzwald-Baar-Kreis) über aktuelle Probleme im Zusammenhang mit Terrorismus und Landesverrat.

Laut Rebmann stellt der Terrorismus die Erschütterung der staatlichen Ordnung von innen, Spionage dagegen eine von außen dar.

Eine aktuelle Bedrohung durch Terrorismus von rechts ist für Rebmann selbstverständlich „nicht erkennbar“. Der Feind steht links. In jeder Beziehung. Denn Rechtsextremisten, so Rebmann, imitieren ja nur die Methoden der RAF, die nach wie vor die gefährlichste Untergrundbewegung sei. Den Hungerstreik von 30 Gefangenen, die der RAF zuzurechnen sind, sieht Rebmann als beginnende „Offensive gegen Infrastrukturen militärischer Einrichtungen der BRD“, wobei er sich auf ein angeblich in Frankfurt erbeutetes „Aktionspapier“ der RAF beruft. Daher seien bei der Behandlung der Gefangenen humanitäre Gesichtspunkte fehl am Platz, vielmehr sei unerbittliche Härte gegenüber den Forderungen nach Zusammenlegung usw. angebracht. Hinweise auf Isolationsfolter tat Rebmann damit ab, daß die Gefangenen ja bis zu 20 Büchern und eine Schreibmaschine in ihrer Zelle haben dürften. Was bedarf es da noch des Kontaktes mit anderen Menschen?

Jeder ist froh, wenn er wieder geht

Im Zusammenhang mit der Terrorismus-Bekämpfung sprach Rebmann das angestrebte Vermummungsverbot für Demonstranten an, wofür er eine baldige Lösung versprach. Denn: Wer sich vermumme, nehme nicht das Recht auf freie Meinungsäußerung wahr, sondern wolle Gewalttaten verüben. Hier sieht Rebmann gewissermaßen das RAF-Vorfeld.

Gleichzeitig verteidigte Rebmann die geheimpolizeilichen Aktivitäten von Untergrundagenten und polizeilichen Provokateuren. Selbst die verdeckte Vernehmung von V-Leuten als Zeugen in Prozessen erklärte er für völlig legitim; denn es ginge ja darum, daß diese nicht enttarnt werden dürften.

Während also dem Staatsbürger

das Recht auf Vermummung (mit Ausnahme von Fasnacht) aberkannt wird, wird zugleich der Polizei ein solches Recht gegenüber dem Staatsbürger zuerkannt. In diesem Zusammenhang erzählte Rebmann übrigens, daß er als „Feind Nummer eins“ der RAF selbstverständlich immer „dezent“ abgedeckt werde und der Staat sehr viel für seine Sicherheit ausbebe. Außerdem werde er überall schneller bedient als andere Bürger, weil jeder froh sei, wenn er wieder weggehe.

Organisierter Terror von rechts für Rebmann „nicht ersichtlich“

Der Sprengstoffanschlag auf einen Düsseldorf Sexshop vom September 84, den einer der Polizeistudenten einer Gruppe von der Ausrichtung der faschistischen Wehrsportgruppe Hoffmann zurechnen wollte, war für Rebmann ebenfalls das Werk einer linken oder feministischen Untergrundorganisation.

Selbstverständlich war für Rebmann der Anschlag auf dem Münchner Oktoberfest 1980, der ursprünglich auch der RAF untergeschoben werden sollte, nicht mehr relevant. Bei diesem Anschlag, bei dem mehr Menschen umkamen als bei allen RAF-Anschlägen zusammen, gab es für die Polizei nur den Einzeltäter Gundolf Köhler. (Der Hoffmann-Anhänger Köhler kam bei dem Attentat ums Leben.) Weitere Ermittlungen in dieser Sache fanden daher auch nicht statt. Auch umfangreiche Waffenfunde wie z.B. auf einem Hof bei Schwerte, wo auch zahlreiche Hakenkreuzembleme und andere NS-Materialien gefunden wurden, sind für diesen Generalbundesanwalt offenbar uninteressant.

Zwar gibt Rebmann zu, daß der faschistische Terrorismus sich inzwischen international organisiert hat, aber eine Beteiligung von Deutschen an den italienischen Bombenattentaten der letzten Zeit erklärt er für „nicht ersichtlich“. Selbstverständlich sind für ihn auch die Loge P2 und das Zusammenspiel mit den Grauen Wölfen etwa auf dem Sektor Heroinhandel und Waffenhandel, wie sie Jürgen Roth kürzlich im WDR auch für die BRD aufzeigte, keiner Bemerkung würdig.

Wie sagte doch Strauß seinerzeit: „Bei Hilfspersonen darf man nicht zimperlich sein.“ I kadi

Leserbriefe + + + Leserbrief + + + Leserbrief + + + Leserbrief + + + Leserbrief + + + Leserbrief + + + Leserbrief + + +

Begrüßt

Liebe Genossen, ich lese den RM nun schon bald drei Jahre lang regelmäßig, und ich muß sagen, er gefällt mir immer besser. Allein schon wegen der Leserbriefseite. Ich finde es gut, daß hier so offen diskutiert wird; das belebt die Zeitung ungeheuer und macht sie auch für solche Leser interessant, die bislang noch nicht zum Sympathisantenkreis der KPD gehörten.

Sehr wichtig finde ich, daß hier die Stalin-Frage angeschnitten wurde. Ich habe schon bei vielen Leuten festgestellt, daß sie sich an Stalins Kopf stoßen, wenn sie den RM zum ersten mal in der Hand halten. Allein schon deshalb darf die Diskussion um seine Person nicht ins parteiinterne Organ verbannt werden.

Sehr interessant finde ich die fast schon hysterischen Reaktionen auf einige Stalin- und Albanien-kritische Leserbriefe. Da scheinen doch wirklich einige Genossen Angst zu haben, daß ihre heiligen Kühe angegriffen werden. Nun, ich bin der Meinung, heilige Kühe haben in einer kommunistischen Partei nichts zu suchen. Wir sind doch Atheisten, oder? Und wenn Stalin wirklich grobe Scheiße gebaut hat (was sich natürlich erst herausstellen müßte), dann sollten wir auch den Mut haben, ihn abzulegen. Zumindest sollte jetzt aber mal ganz gründlich untersucht werden, was denn eigentlich abging in der Stalin-Zeit: Wie war die Sowjetunion 1. unter Lenin, 2. unter Stalin und 3. unter Chruschtschow & Co.?

Ein weiterer Punkt, den ich angehen möchte: Die vier Köpfe auf dem „Roten Morgen“. Nicht wegen Stalin, nein, ich finde, dieser Personenkult wurde lange genug getrieben! Wer den RM in der Hand hält, weiß ohnehin, daß es sich um eine kommunistische Zeitung handelt. Mein Vorschlag deshalb: Runter mit den Köpfen, stattdessen die Parteifahne: Hammer, Sichel und Gewehr, an dieselbe Stelle! So weiß der Leser gleich, was abgeht, während bei den Köpfen der Eindruck entstehen könnte, als sollte hier in erster Linie das Vermächtnis von irgendwelchen Halbgöttern erfüllt werden. Sozialismus wird schließlich von Menschen gemacht, und dafür stehen Hammer, Sichel und Gewehr. Das war's erstmal. Tschüß und Rot Front Ludwig P.S. Harry Dubinsky sollte ruhig öfter mal das Wort ergreifen!

Einige Gedanken

Betr.: „Die Pariser Kommune, die Oktoberrevolution und das Programm der KPD“ aus RM 50/84 und TO 10

Seit Jahren werden theoretische Debatten geführt, die praktische politische Arbeit in den Hintergrund gedrängt. Statt die Politik der KPD zu überdenken, zu korrigieren, sich zu überlegen, daß der Inhalt der Politik ein Hinderungsgrund für die praktische Arbeit ist (z.B. RGO), wird eine „neue“ theoretische Debatte geführt. Es muß ja nicht ein Mangel des Marxismus-Leninismus (ihr sagt: „dogmatische Verengung der marxistischen Theorie“) sein, wenn die KPD politisch erfolglos bleibt. Genauso wenig wie es ein Mangel des ML bzw. ein Beweis der heutigen Unwirksamkeit des wissenschaftlichen Sozialismus gewesen ist, daß sowohl die KPD/AO oder KBW ihre Organisationen inzwischen aufgelöst haben.

Einige Gedanken zur Programmdebatte:

Die wesentlichen Gründe für den Antikommunismus in der Bevölkerung der BRD/Westberlin sind m.E. nicht Fehler beim Aufbau der Gesellschaft in den sich selbst sozialistisch nennenden Staaten, sondern: die Zerschlagung der KPD im Faschismus, das Verbot der KPD unter Adenauer, Verfolgung von Kommunisten und somit über Jahre eine Verhinderung von AgitProp durch Kommunisten, auf der anderen Seite der Antikommunismus als Staatsdoktrin in der BRD/Westberlin. Die bürgerliche Medienbeeinflussung ist raffinierter und zentralistischer als jemals zuvor in einem deutschen Staat. Ich denke, es ist falsch, eine „gegenrevolutionäre“ (= konterrevolutionäre) Entwick-

lung der Warschauer-Vertrags-Staaten“ dazu heranzuziehen, die die bürgerliche Propaganda ausgenutzt haben soll, die Ideologie der „Überlegenheit des Kapitalismus“ bei der Bevölkerung durchzusetzen. Denn die Kritikpunkte der bürgerlichen Propaganda sind, wenn auch geschickter, aber doch die alten geblieben. Gleichgültig, ob die UdSSR Lenins, Stalins oder Breschnews, ob die DDR, Polen oder Albanien, gemeint ist der Sozialismus; im wesentlichen ging es damals wie heute um solche Begriffe wie „Freiheit“, „Demokratie“, um ökonomische Fragen ohne Heranziehung historischer Entwicklungen.

Das Kapitel „Arbeitermacht und Staat...“ beginnt mit einer unfeinen Irreführung. „Die in der Arbeiterklasse vorherrschende Vorstellung über die Rolle des Staates im Sozialismus“ ist die des totalen staatlichen Zentralismus. „Diese Vorstellungen vom totalen Staat“, so geht's weiter, stößt bei den fortschrittlichen Menschen auf Ablehnung, stößt auch auf Widerspruch zu Auffassungen von Marx und Engels. Offen bleibt: Besteht der „totale Staat“ nur in der Vorstellung der Arbeiterklasse oder bezeichnet ihn die sich sozialistisch nennenden Staaten als „totalen Staat“. Daß Marx und Engels einen „totalen Staat“ ablehnen, ist doch klar. Eure Argumentation fährt fort, als wäre es nun bewiesen, daß die RGW-Staaten „total“ sind, zu Auffassungen Lenins gegen die Entwicklung der Stärkung des staatlichen Zentralismus. Es ist entweder Dummheit oder, politisch irreführende Absicht, z.B. die DDR als „totalen Staat“ hinzustellen. Ein mehrwöchiger Aufenthalt mit offenen Augen und Ohren in der DDR führt dieses Argument ad absurdum.

Aus Darlegungen Marx/Engels/Lenin zieht ihr für die sozialistische Übergangsgesellschaft Schlußfolgerungen. Richtig wird dargestellt, daß als Voraussetzung hierfür der bürgerliche Staatsapparat von der Arbeiterklasse vollständig zerschlagen werden muß. Offen bleibt, daß hierzu die KP vonnöten ist. Geschichtlich erhärtete Erfahrungen der Arbeiterklasse, auch in Deutschland, sind doch die, daß der zentralistisch organisierten Gewalt der Bourgeoisie die Arbeiterklasse ihre Organisiertheit in Form der KP gegenüberzustellen hat. Denn ohne die Führung einer Partei wird die Arbeiterschaft schwerlich den bürgerlichen Staat zerschlagen können.

Es geht weiter: Man muß im Arbeiterstaat „direkte Demokratie“ verwirklichen, was immer das heißen mag. Davon soll die Existenz und Tätigkeit verschiedener politischer Parteien nicht berührt werden. Sollen diese politischen Parteien die Macht der Arbeiter und ihrer Partei akzeptieren oder sollen diese Parteien gleichberechtigt neben der KP agieren können?

Die Unterstützung der Konterrevolution „darf nicht in erster Linie zu einer Frage des staatlichen Unterdrückungsapparates werden.“ Der Staat ist doch nicht neutral, sondern eindeutig ein Klassenorgan. Die Gesetze macht die eine Klasse gegen die andere, es herrscht Klassenjustiz, die ausführende Gewalt ist die der einen gegen die andere Klasse. So wie die Kapitalisten es verstanden haben und sich zunutze gemacht haben, ihren Staat als Mittel ihrer Machterhaltung einzusetzen, so wird es nach der Revolution die Arbeiterklasse machen, allerdings mit dem Ziel, die Widersprüche zwischen den Klassen zu lösen. Mit Lösung dieser Widersprüche im internationalen Maßstab wird der Staat allmählich absterben.

Den demokratischen Charakter des Staates sieht ihr gewahrt, wenn Werktätigen verschiedene Rechte eingeräumt werden: Meinungs- und Pressefreiheit, Streikrecht, Versammlungs-, Demonstrations- und Organisationsfreiheit. Das kann ohne Erklärung nicht stehenbleiben: Meinungsfreiheit für Faschisten? Pressefreiheit für Springer? Versammlungsfreiheit für Militaristen? Ich hatte erwartet, daß spätestens bei der Frage der Organisierung der Volkswirtschaft die Gewerkschaft auf den Plan treten müßte. Hiervon kein Wort. Selbst bei von euch gestellten Forderungen der Betriebsverfassung (schaut bitte mal in die

Verfassung und das „Gesetzbuch der Arbeit“ der DDR, wo ihr die Forderungen als Gesetze formuliert findet) frage ich mich, wo die traditionelle Vertreterin der Arbeiterschaft, die Gewerkschaft, bleibt. Die Gewerkschaft im sozialistischen Staat zu negieren, bedeutet den wichtigsten Rückhalt der Arbeiter, die größte und wesentlichste Massenorganisation im Sozialismus nicht zu beachten.

Bei Überlegungen im Hinblick auf die KP kommt ihr zu dem Entschluß: „Die führende Rolle der Partei bezieht sich nicht auf die Führung des Staatsapparates.“ ... eine besondere politische Macht für sich als Partei streben sie nicht an.“

Als Anbiederung an Leute aus dem alternativen/grünen Spektrum mag das plausibel klingen. Aber ernsthaft nachgefragt: Wenn nicht der KP die Führung des Staatsapparates unterliegt, also der demokratischen Organisation der Arbeiterklasse, wem dann? Wer füllt das Vakuum der Macht?

Hoffentlich nimmt Euch die Programmdebatte nicht den Atem zur Durchführung von praktischen Aufgaben. Im Betrieb, in der Gewerkschaft (nicht der Totgeburt RGO), in der Friedensbewegung, auf allen Gebieten: gegen diesen Staat müssen wir schon heute (besser vorgestern) — möglichst gemeinsam — aktiv werden.

Mit sozialistischen Grüßen H. S., Westberlin P.S.: Sollte dieser Leserbrief im RM abgedruckt werden, dann ohne Kürzung, ansonsten kein Abdruck.

Wirklich untersuchen

Genossen!

Ich möchte zu dem Artikel „Die Pariser Kommune, die Oktoberrevolution und das Programm der KPD“ des Genossen Koch im RM 50/84 Stellung nehmen.

„Verengung und Dogmatisierung aufbrechen“ — dafür bin ich auch. Ich halte es für einen der größten Fehler unserer Partei, daß die Erfahrungen des Aufbaus des Sozialismus niemals wirklich untersucht wurden. Marx und Engels gingen da anders vor: Ihnen lagen zwar weitaus weniger historische Erfahrungen vor als uns, nämlich nur die wenigen Wochen der Pariser Kommune. Diese aber analysierten sie gründlich, arbeiteten mögliche Entwicklungsperspektiven, die Stärken, aber auch die Mängel und Schwächen heraus. Uns liegen Jahrzehnte von Erfahrungen des sozialistischen Aufbaus in der Sowjetunion und in Albanien vor. Einige richtige Schlußfolgerungen daraus haben wir zwar abgeleitet, aber das Fleisch in der Suppe, die konkrete Analyse der Probleme einer Übergangsgesellschaft, fehlt. Stattdessen neigten wir dazu, die wenigen richtigen Schlußfolgerungen zu verabsolutieren, von konkreten Problemen zu lösen, kurz: sie zu dogmatisieren.

Nur: Genosse Koch ist nicht dafür, die Erfahrungen des sozialistischen Aufbaus wissenschaftlich auszuwerten. Ausdrücklich vertritt die Parteiführung, diese Untersuchung sei für die Programmatik der Partei nicht erforderlich (vgl. bereits RM 10/84, Seite 3). Dabei werden aber in Wirklichkeit etwa über die sozialistische Sowjetunion Standpunkte untergejubelt, und zwar ohne Untersuchung: Z.B. daß die führende Rolle der KP beim Aufbau des Staates und der Wirtschaft zumindest ein Fehler, wenn nicht gar Ursache der revisionistischen Entartung sei.

Wie kommt Genosse Koch zu seinen Schlußfolgerungen? Durch die Dogmatisierung der Pariser Kommune, wobei die Kritik von Marx und Engels an der Kommune bewußt verschwiegen wird (z.B. in dem Artikel „Marx und Engels über die sozialistische Gesellschaft“ in „Kommunistische Hefte“ 9; ich sage „bewußt“, weil die im Entwurf des Artikels enthaltenen diesbezüglichen Ausführungen von Marx und Engels ersatzlos gestrichen wurden). Marx und Engels haben z.B. kritisiert, daß die Kommune nicht einmal die Bank von Frankreich in Besitz nahm. Auch Genosse Koch kann nicht bestreiten, daß demgegenüber in der Sowjetunion alle Ausbeuterklassen enteignet wurden. Trotzdem meint er, daß in der Sowjetunion Erreichte hätte an der

„Meßlatte“ der von Marx und Engels anhand der Kommune formulierten Auffassungen keinen Bestand. Wie das?

bleiben wir bei der Frage, warum die Bank von Frankreich nicht enteignet wurde. Im wesentlichen wohl deshalb, weil die Mitglieder der Kommune ideologisch in vielen Fragen bürgerlichem Einfluß unterlagen (was sich z.B. in Proudhons Theorie vom „gerechten Warenaustausch“ ausdrückte). Ihnen fehlte eine marxistische Partei, die mit dem wissenschaftlichen Sozialismus gewappnet ist. Daß eine solche Partei den proletarischen Staat und die sozialistische Wirtschaft leiten muß, ist m.E. eine der wichtigsten (negativen) Erfahrungen der Kommune.

Gewiß, die Partei soll nicht alles „erdücken“, sondern im Gegenteil die Werktätigen auf das Niveau heben, auf dem sie selbst leiten können und Staat sowie Partei letzten Endes überflüssig machen, was ein langer revolutionärer Prozeß ist (es darf also insoweit keinen Stillstand geben). Eine konkrete Analyse der Schwierigkeiten dieses Prozesses kann man keineswegs — wie Genosse Koch dies tut — durch eine Aufzählung demokratischer Rechte ersetzen, die im übrigen fast ausnahmslos auch so in der Sowjetverfassung standen. Für viel interessanter halte ich z.B. die Fragestellung: Wie oft wurden in der Sowjetunion wirklich Deputierte von den Wählern vorzeitig abgewählt; und wenn — wie ich annehme — dies kaum oder gar nicht geschah: woran lag das?

Der Bürokratismus hat m.E. seine hauptsächlichsten Wurzeln im Unterschied von Kopf- und Handarbeit und kann — solange dieser nicht aufgehoben ist — nicht beseitigt, sondern nur bekämpft werden. Das Problem des Bürokratismus hängt damit zusammen, daß man den Staat — leider — noch benötigt. Die Kommunistische Partei sollte das wichtigste Instrument der Klasse sein, um den Bürokratismus zu bekämpfen. Die Fragestellung muß so lauten, wie man verhindert, daß der Bürokratismus auch die Partei ergreift, bzw. wie man dem entgegenwirkt (z.B. durch regelmäßige Parteiausträufungen, bei denen sich Parteimitglieder in hohen Staatsfunktionen vor einfachen werktätigen Parteimitgliedern verantworten müssen, z.B. durch die Befragung parteiloser Werktätiger bei Parteiaufnahmen). Stattdessen will Genosse Koch die Partei vom Staat fernhalten. Wer soll dann den Bürokratismus in Schach halten, wenn nicht die besten, klassenbewußtesten Arbeiter, die in der Partei organisiert sind? Vielleicht die anderen Parteien, die es dann geben soll? Denn diese werden sich bezüglich des Staates sicherlich keine derart vornehme Zurückhaltung auferlegen, wie sie die KP nach Ansicht des Genossen Koch üben sollte.

Dies waren — der erforderlichen Kürze wegen — nur einzelne Aspekte. Statt Analyse also eine neue Dogmatisierung, wobei die wenigen richtigen — wenn auch oft sehr abstrakt behandelten — Erkenntnisse über den sozialistischen Aufbau, die wir bisher haben, auf der Strecke bleiben. Ersetzt werden sie durch völlig unhistorische Ausführungen darüber, daß eben die Partei- und Staatsapparate die Massen an der Initiative hindern würden. Man nehme dieses Hindernis weg, und die vom Imperialismus in jeder — auch geistiger — Hinsicht niedergedrückten und verelendeten Massen werden von heute auf morgen alles selbst in die Hand nehmen und eine menschenwürdige Gesellschaft aufbauen. Es handelt sich mithin um nichts anderes als um die Entwicklung des Sozialismus von der Wissenschaft zur Utopie. Sollte dies Grundlage unserer Programmatik werden, so gäbe es freilich kein Hindernis mehr für eine Vereinigung mit der trotzkistischen GJM und ein Aufgehen in der 4. Internationale, wobei wir uns dann auch mit dem Bund der Kommunisten Jugoslawiens vereinen könnten, der die führende Rolle der KP beim Aufbau von Staat und Wirtschaft schon lange angreift.

Ich hoffe, es werden sich genügend Marxisten-Leninisten finden, die diesen Weg nicht gehen wollen. Rot Front Peter

Anmerkung:

Die Behauptungen des Genossen Peter R. hinsichtlich der Erarbeitung des Manuskripts für die „kommunistischen Hefte“ Nr. 9 bedürfen der sofortigen Aufklärung. Der vom Genossen Peter vorgelegte Entwurf wurde vom Politbüro als unzureichend betrachtet, weil er unserer Ansicht nach die Auffassungen von Marx und Engels nicht in der nötigen Vollständigkeit und Klarheit darlegte. Entsprechend wurde ein anderer Genosse beauftragt, das Manuskript auf der Grundlage der Diskussion im Politbüro zu überarbeiten bzw. über weitere Strecken völlig neu zu schreiben. Man mag darüber streiten, ob diese oder jene Ausführung von Marx und Engels noch hätte berücksichtigt werden müssen. Nicht bestreiten kann man aber, daß die Auffassungen von Marx und Engels über die Notwendigkeit der vollständigen Entmachtung der Bourgeoisie, der Verstaatlichung der Produktionsmittel, der Banken usw. in dem Artikel „Marx und Engels über die sozialistische Gesellschaft“ ausführlich dargelegt werden. Horst-Dieter Koch

Kritische Menschen

Liebe Genossinnen und Genossen, die Stellungnahme des Genossen Horst-Dieter Koch zu den Kritiken an der Leserbriefseite hat mir richtig aus dem Herzen gesprochen.

Wollen wir eine sozialistische Übergangsgesellschaft, wollen wir den Kommunismus, so brauchen wir dafür die Einheit aller Menschen mit diesen Zielen in einer Partei. Soll auf die proletarische Revolution eine sozialistische Übergangsgesellschaft und nicht eine revisionistische Übergangsgesellschaft folgen, so brauchen wir dafür kritische, kreative und selbstbewußte Menschen. Diese Menschen werden allerdings außerhalb unserer Partei stehen, wenn sie in solch einem dogmatisch-schablonenhaften Stil funktionieren sollte, wie es sich augenscheinlich die Genossen Waltraud Aust und H. Z., Berlin wünschen. Noch etwas zur Leserbriefseite: Ich meine, die Auseinandersetzung um theoretische Fragen sollte im wesentlichen in unserem parteiinternen Diskussionsorgan geführt werden. Für die Leserbriefseite wünsche ich mir mehr Beiträge, die sich kritisch mit unserer praktischen Arbeit und den Artikeln des „Roten Morgen“ auseinandersetzen.

Mit kommunistischem Gruß A.B., Leverkusen

Welche Auseinandersetzung?

Wir führen zur Zeit eine Auseinandersetzung über unsere konkreten Vorstellungen von Sozialismus und im Zusammenhang damit über ein neues Programm.

Diese Diskussion und ihre Ergebnisse werden für die Partei von entscheidender Bedeutung für die zukünftige Politik sein. Es ist wohl auch unübersehbar, daß sich verschiedene Meinungen zu bestimmten Fragen entwickelt haben. Ich kann diese Auseinandersetzung nur als ungeheuer positiv begrüßen. Die „heißen“ Gespräche in meiner Zelle zeigen mir, wie lebendig unsere Partei sein kann und wie groß die Bereitschaft der Genossen/innen ist, gemeinsam voranzukommen.

Wir haben gegenüber unserer Partei und auch einigen Menschen außerhalb der Organisation, die uns schon vertrauen, eine große Verantwortung in dieser Diskussion. Eine solch entscheidende Auseinandersetzung darf deshalb nur sachlich und solidarisch geführt werden! Und hier versagen einige Genossen/innen total!

Ich greife einige Beispiele heraus: AS, Bielefeld, spricht von Stalin als Mörder, als Mensch, der von der Theorie keine Ahnung hatte und nicht der geeignete Nachfolger Lenins gewesen sei. Und seine Belege: Keine oder Zitate von Trotzki-ken wie Mandel!

Auf der anderen Seite z.B. die Genossin Waltraud oder sogenannte „Bolschewiki“ aus Kiel. Die Genossin Waltraud spricht von „Dortmunder Wende“, die „zur Auflösung der Partei oder ihrem Aufgehen in der 4. trotzkistischen Internationale“ führen würde. Belege: keine! Die sogenannten Bolschewiki (Lenin und Stalin würden sich bei solchem Verhalten im Zusammenhang mit dem Namen im Grabe umdrehen!) knallen mit „Antikommunismus“ und revisionistischem ZK um sich. Aber wo bleibt die Argumentation anhand von Beweisen?

Beide Seiten führen eine üble, unsolidarische, ja parteischädigende Diskussion. Und die Parteischädigung erreicht ihren Höhepunkt bei den Genossen/innen (ich beziehe mich auf Beispiele aus dem hohen Norden), die ganz offen Fraktionierung betreiben. Sie reisen oder telefonieren wild umher, um eine organisierte Fraktion herzustellen.

Genossinnen und Genossen, ganz klar und deutlich: Damit verläßt ihr den gemeinsamen Boden der Partei (Statut) und arbeitet objektiv auf eine Spaltung unserer Organisation hin!

Wir haben (bringt sonst im „Kommunist“ Gegenbeweise!) alle die Möglichkeit über die Zellen, die Mitgliederversammlungen, den „Kommunist“, den „Roten Morgen“, den Parteitag, unsere noch so unterschiedlichen Meinungen zum Ausdruck zu bringen. Deshalb stoppt sofort euer parteischädigendes Vorgehen! Denn, so hart es klingen mag, sonst ist euer Platz nicht mehr an unserer Seite und ihr solltet die Konsequenzen ziehen, andernfalls müßten wir es tun.

Zum Schluß ein Appell an all die Genossen/innen, die mit mir in diesen Punkten übereinstimmen: Es ist unser aller Aufgabe, für eine fruchtbare, solidarische und sachliche Diskussion zu sorgen. Treten wir darum allen Versuchen, unsere Arbeit zu zerstören ganz energisch entgegen und lassen wir uns nicht durch eigene lasche Haltung zum Spielball einiger Sprücheklopfer und Kanalarbeiter machen.

Rot Front P.K., Hamburg

Abonniert die Wochenzeitung der KPD

Hiermit bestelle ich: Abonnement(s) ... ab Nr.

- ☐ jährlich 60 DM
☐ halbjährlich 30 DM
☐ Ich bin arbeitslos / Schüler / Student und zahle nur den halben Preis. Bescheinigung liegt bei.

- ☐ Ich lege Post/Bankscheck bei über DM
☐ Ich habe den Betrag von DM an den Verlag überwiesen
☐ Ich bitte um Vorausrechnung

Name Vorname

Straße

PLZ/Ort

Die Abonnementgebühren sind im Voraus zu zahlen. Das Abonnement verlängert sich, wenn es nicht einen Monat vor Ablauf gekündigt wird.
Bankverbindungen: Stadtparkasse Dortmund, Kto.-Nr.: 321000290
(Bankleitzahl 44050199) Postscheckkonto Dortmund 79600-461

Die Hauptthese, die der Definition des Faschismus als terroristischer Diktatur des Finanzkapitals entgegengestellt wird, ist die vom Faschismus als einer kleinbürgerlichen Bewegung. Diese Auffassung war bereits von 1933 stark verbreitet und wurde von verschiedenen reformistischen Strömungen innerhalb und außerhalb der sozialdemokratischen 2. Internationale vertreten. (...)

Die Charakterisierung des Faschismus als kleinbürgerliche Bewegung erscheint auf dem ersten Blick so unsinnig nicht; denn der Faschismus fand seine Massenbasis nicht nur in Deutschland, sondern auch in Italien oder Spanien vor allem im Kleinbürgertum. Diese Erfahrung hat sich auch nach dem zweiten Weltkrieg bestätigt: Wo immer der Faschismus einen gewissen Masseneinfluß erlangen konnte, fand er ihn vor allem im Kleinbürgertum.

Reicht aber die Tatsache, daß die Mitglieder und Wähler der NSDAP vor allem aus dem Kleinbürgertum stammten, aus, um die NSDAP als kleinbürgerliche Partei zu charakterisieren?

Sind die CDU/CSU, die Konservativen in England, die Republikaner in den USA etwa kleinbürgerliche Parteien, weil ihre Mitglieder und Wähler sich hauptsächlich aus dem Kleinbürgertum rekrutieren? Nach dieser Logik wäre in einer Reihe von kapitalistischen Staaten in Wirklichkeit das Kleinbürgertum an der Macht. Nur mit den Angehörigen der Bourgeoisie kann keine Partei der Bourgeoisie zur Massenpartei werden, nur mit den Stimmen der Bourgeoisie kann keine Partei der Bourgeoisie parlamentarische Wahlen gewinnen. Jede bürgerliche Partei muß, wenn sie für die Bourgeoisie von Nutzen sein soll, im Kleinbürgertum oder in der Arbeiterklasse einen gewissen Masseneinfluß gewinnen. Gelingt ihr das, wird sie deshalb noch lange nicht zur kleinbürgerlichen oder gar proletarischen Partei; denn unabhängig von der sozialen Zusammensetzung ihrer Mitglieder- und Anhängerschaft stehen diese Parteien unter der Führung der ausschlaggebenden Teile der Bourgeoisie und dementsprechend bringt ihre Politik die Interessen der Bourgeoisie zum Ausdruck und nicht die ihrer Mitglieder und Wähler.

Die Tatsache, daß die Masse der Mitglieder und Wähler der NSDAP dem Kleinbürgertum entstammte, kann für sich genommen also keineswegs als Beweis dafür dienen, daß der Klassencharakter der Nazi-Bewegung kleinbürgerlich war. Auch die Programmatik der Nazis war durchaus nicht spezifisch auf die Interessen der kleinbürgerlichen Schichten ausgerichtet. Sicher wurden Forderungen der kleinbürgerlichen Schichten von den Nazis aufgegriffen, sie griffen ja auch Forderungen der Arbeiter auf. Aber das Wirtschaftsprogramm der Nazis z. B. war insgesamt keineswegs hauptsächlich Ausdruck der wirtschaftlichen Interessen kleinbürgerlicher Schichten, sondern sah mit zunehmender Offenheit Maßnahmen vor, die eindeutig den Interessen der Monopole entsprachen (...)

Betrachten wir zunächst das erste Ergebnis parlamentarischer Wahlen der Weimarer Republik, die Wahlen zur National-Versammlung vom 19.1.1919. Die Sozialdemokraten einschließlich der Unabhängigen (Kommunisten kandidierten nicht) 45,8 Prozent der Stimmen. Bereits in diesem Ergebnis ist eine nicht unerhebliche Zahl nichtproletarischer Wähler eingeschlossen. Sicher

Zum Jahrestag der Machtergreifung Hitlers (II)

Ist der Faschismus eine kleinbürgerliche Bewegung?

Im „Roten Morgen“ 4/85 hatten wir zum Jahrestag der faschistischen Machtergreifung einen Artikel veröffentlicht, der sich mit der Frage „Wer brachte Hitler an die Macht“ befaßte. Im heutigen zweiten und abschließenden Teil der Artikelreihe zu diesem Jahrestag befassen wir uns mit der These, der Faschismus sei eine kleinbürgerliche Bewegung (weil die Masse seiner Anhänger und Wähler kleinbürgerlich war), die sich ja

war die Mehrheits-SPD damals bereits zu einer Partei der Arbeiterverrats geworden, doch für die kleinbürgerlichen Massen, um deren Verhalten es uns hier ja geht, galt sie zweifellos noch als Hauptrepräsentant des Sozialismus.

Allein die Betrachtung des Stimmenergebnisses für die SPD enthüllt aber noch nicht das ganze Ausmaß der Annäherung, die breite Teile des Kleinbürgertums an die Arbeiterbewegung vollzogen hatten. Unmittelbares Ergebnis der Novemberrevolution, die ja vor allem von der Arbeiterbewegung durchgeführt wurde, war der Sturz der Monarchie und die Gründung der Republik. Für den Grad der Annäherung der kleinbürgerlichen Massen an die Arbeiterbewegung war darum die Haltung in der Frage Monarchie oder Republik, wurde der Sturz der Monarchie durch die Arbeiterklasse von den kleinbürgerlichen Schichten überwiegend begrüßt oder nicht, ein wichtiger Maßstab. Betrachten wir unter diesem Gesichtspunkt das Wahlergebnis von 1919 genauer.

Außer den Sozialdemokraten traten damals noch die Zentrums- und die christlichen bürgerlichen Partei hatte zu dieser Zeit der christliche Gewerkschaftsflügel die Führung, und die Demokraten, deren Mitgliedschaft sich aus Angestellten, Beamten und Selbständigen zusammensetzte, eindeutig antimonarchistisch und republikanisch auf. Die Anhänger dieser Parteien waren vor dem ersten Weltkrieg und zum großen Teil noch während des Krieges überwiegend für die Monarchie gewesen, wobei hinter der Monarchie ja nicht nur der Adel und Großgrundbesitz, sondern auch die führenden Kreise der Bourgeoisie standen. Mit dem verlorenen Krieg und der Novemberrevolution hatten diese Schichten eine Wendung zur von der Arbeiterklasse erkämpften Republik und damit eben auch eine Annäherung an die Arbeiterbewegung vollzogen. Das Zentrum und die Demokraten traten dann auch als Koalitionspartner in die erste SPD-geführte Reichsregierung der Weimarer Republik ein. Das Zentrum hatte 19,67 Prozent der Stimmen erhalten und die Demokraten 18,55 Prozent. Zählt man die Stimmen für die Sozialdemokraten hinzu, hatten rund 25,5 Millionen Wähler (82,7 Prozent) republikanisch gestimmt. Dem standen als traditionell rechte und antirepublikanische Parteien der Bourgeoisie die Deutsch-Nationalen (10,26 Prozent) und die Deutsche Volkspartei (4,42 Prozent) gegenüber mit zusammen knapp 4,5 Millionen Wählern (14,86 Prozent).

Es ist sicher einzuräumen, daß die Ergebnisse bürgerlich-parlamentarischer Wahlen nur begrenzt dazu taugen, Rückschlüsse auf die Bewegungen der Klassen und Schichten der Gesellschaft zu ziehen, weil die klassenmäßige Ausprägung der

zur Wahl stehenden Parteien nicht völlig eindeutig und ohne Überlappung ist. Doch auch bei aller gebotenen Vorsicht läßt sich aus dem Wahlergebnis von 1919 eindeutig schließen, daß damals die Mehrheit des Kleinbürgertums der Arbeiterbewegung wohlwollend bzw. wohlwollend neutral gegenüberstand. Unmittelbar nach der Novemberrevolution sahen offensichtlich breite Massen des Kleinbürgertums ihre Zukunft an der Seite der Arbeiterklasse, sahen die Arbeiterbewegung als die Kraft an, die in der Lage war, eine neue Ordnung zu schaffen, zumindest als eine Kraft, ohne bzw. gegen die diese neue Ordnung nicht zu schaffen war.

Ein anderes Bild bietet bereits die Reichstagswahl vom 7.12.1924. Im Herbst 1923 hatte die Arbeiterbewegung eine schwere Niederlage gegen die Bourgeoisie erlitten (Sturz der „Arbeiterregierungen“ in Sachsen und Thüringen, Hamburger Aufstand). SPD (26 Prozent) und KPD (9 Prozent) erhielten zusammen 35 Prozent der Stimmen. Die Demokraten erhielten noch 6,3 Prozent, das Zentrum 17,34 Prozent. Stark angewachsen war aber die Stimmenzahl für die Parteien im rechtskonservativen, nationalen und antirepublikanischen Lager: die Deutsch-Nationalen erhielten 20,5 Prozent und die Deutsche Volkspartei 10,1 Prozent. Die NSDAP erhielt 3 Prozent. Das offen reaktionäre Lager der Bourgeoisie verfügte also einschließlich der 3 Prozent für die NSDAP wieder über 33,6 Prozent der Stimmen. Ein Großteil der kleinbürgerlichen Massen, die bei der Wahl von 1919 eine Annäherung an die Arbeiterbewegung hatten erkennen lassen, hatte sich ins Lager der Bourgeoisie zurückgezogen und eine feindliche Haltung gegen die Arbeiterbewegung eingenommen. Auf die Gründe dafür wollen wir an dieser Stelle nicht näher eingehen.

Nehmen wir nun das Ergebnis der Reichstagswahl vom 6.11.1932, der letzten Wahl vor der Machtergreifung Hitlers. Die NSDAP erhielt als stärkste Partei 11,73 Millionen Stimmen (33,1 Prozent). Sie hatte damit zwar gegenüber der Reichstagswahl im Juli 1932 2 Millionen Stimmen verloren, aber vor allem zugunsten der Deutsch-Nationalen, die 3,01 Millionen Stimmen (8,5 Prozent) der Stimmen errangen. Die Deutsche Volkspartei bekam 661.796 (1,8 Prozent) der Stimmen. Für die ausgesprochen rechten, in totaler Feindschaft zur Arbeiterbewegung stehenden Parteien stimmten also 15,4 Millionen Wähler (43,4 Prozent). Bereits das war die große Mehrheit des Kleinbürgertums. Das Zentrum verfügte noch über 5,32 Millionen Wähler (15 Prozent). Aber die Stellung des Zentrums zur Arbeiterbewegung hatte sich gegenüber 1919 stark verändert. Innerhalb des Zentrums waren längst rechte, antidemokratische und sogar antirepublikani-

auch als Kritik an der marxistischen Feststellung, der Faschismus sei die Diktatur der aggressivsten Teile des Finanzkapitals, versteht. Dabei wird versucht, den wahren politischen Charakter dieser Bewegung anhand der Mobilisierung und Sammlung bei Wahlen nachzuzeichnen. Es handelt sich dabei um Auszüge eines bisher unveröffentlichten Artikels.

sche Kräfte führend. Der letzte vom Zentrum gestellte Reichskanzler Brüning war ein Monarchist, der gemeinsam mit Hindenburg die parlamentarische Demokratie liquidieren und die Monarchie wiedererrichten wollte. Er beseitigte nicht nur weitgehend die Tarifautonomie, sondern liquidierte auch wesentliche Elemente des Parlamentarismus. Sieht man von der christlichen Arbeiterschaft, die wegen ihrer religiösen Bindungen Zentrum wählte, ab, standen die kleinbürgerlichen Wähler des Zentrums der Arbeiterbewegung zum kleineren Teil neutral, zum größeren Teil feindlich gegenüber. SPD (20,4 Prozent) und KPD (16,86 Prozent) hatten zusammen 13,2 Millionen Wähler (37,26 Prozent). Das war die überwiegende Mehrheit der Arbeiterklasse, wobei die SPD sicher noch einen nennenswerten Anteil kleinbürgerlicher Wähler besaß.

Der Vergleich dieser Wahlergebnisse macht deutlich, daß im Verlauf der Weimarer Republik die Mehrheit des Kleinbürgertums aus einer Reserve der Arbeiterbewegung zu einer Reserve der Bourgeoisie und der reaktionärsten finanzkapitalistischen Kreise wurde.

Schauen wir uns an, woher die Nazis ihre Massenbasis hatten. Aufschlußreich für die Beantwortung dieser Frage ist der Vergleich der Reichstagswahlen von 1928 und 1930. 1928 ging die NSDAP aus den Reichstagswahlen noch als unbedeutende Splitterpartei mit 2,6 Prozent der Stimmen hervor. Gut zwei Jahre später bei der Reichstagswahl 1930 erhielt die NSDAP 18,3 Prozent der Stimmen, war damit nicht nur mit Abstand die stärkste rechte Partei der Bourgeoisie, sondern nach der SPD (24,5 Prozent) die zweitstärkste Partei überhaupt. Landtagswahlergebnisse zwischen den beiden Reichstagswahlen hatten den Aufschwung der NSDAP bereits signalisiert. Wie setzt sich dieser enorme Stimmenzuwachs der Nazis um 15,7 Prozent zusammen? Die Deutsch-Nationalen verloren gegenüber der vorangegangenen Reichstagswahl von 1924 7,2 Prozent ihrer Stimmen (von 14,2 Prozent auf 7 Prozent), die Deutsche Volkspartei verlor 3,85 Prozent ihrer Stimmen (von 8,7 Prozent auf 4,85 Prozent). Der größte Schwung des Stimmenzuwachses der Nazis rekrutierte sich also aus den Verlusten der beiden traditionellen, rechten und konservativ-nationalen Parteien der Bourgeoisie. Die Wahlbeteiligung lag 1930 schließlich um 4,2 Millionen Wähler höher als 1928, wovon die NSDAP offensichtlich überdurchschnittlich profitierte.

Diese Zusammensetzung des Wählerpotentials der Nazis läßt sich durch den Vergleich der beiden Reichstagswahlen 1932 sozusagen im Umkehrtest überprüfen. Bei der Reichstagswahl im November 1932 verlor die NSDAP gegenüber der Wahl im Juli 1932 rund 2 Millionen Stimmen. Die Deutsch-Natio-

nalen gewannen rund 850.000 und die Deutsche Volkspartei rund 225.000 Stimmen. Die Wahlbeteiligung ging um 1,4 Millionen Wähler zurück, wovon offensichtlich wiederum die NSDAP besonders getroffen war.

Sicher darf man sich durch die Tatsache, daß die Zahlen der Wahlergebnisse so nahtlos zueinander passen, nicht täuschen lassen. Es fanden natürlich außer den von uns angesprochenen noch ganz andere Wählerbewegungen statt, die aus den nackten Zahlen der Wahlstatistik gar nicht so ohne weiteres hervorgehen. Trotz dieses Vorbehalts lassen sich aus der Analyse der Wahlergebnisse in Verbindung mit dem reich dokumentierten Tatsachenmaterial über die Förderung der NSDAP durch bestimmte Kreise des Finanzkapitals zuverlässige Schlußfolgerungen ziehen, die die These vom Faschismus als Bewegung des aufständischen Kleinbürgertums widerlegen.

1. Die kleinbürgerlichen Mittelschichten standen unmittelbar nach der Novemberrevolution der Arbeiterbewegung mehrheitlich wohlwollend bis neutral gegenüber. Nur eine deutliche, wenn auch nicht unbedeutende Minderheit des Kleinbürgertums nahm zu dieser Zeit eine feindliche Haltung zur Arbeiterbewegung ein und stand im Lager der rechten Parteien der Bourgeoisie. Aus Gründen, auf die wir hier nicht weiter eingehen wollen, verlor die Arbeiterbewegung ihre Anziehungskraft auf die kleinbürgerlichen Massen. Diese wandten sich zunehmend den rechten Parteien der Bourgeoisie zu. Diese Bewegung breiter Teile des Kleinbürgertums von der Arbeiterbewegung weg ins reaktionäre Lager der Bourgeoisie hing nicht ursächlich mit dem Auftreten der NSDAP zusammen, sondern kam zunächst den etablierten Rechtsparteien der Bourgeoisie zugute.

2. Die NSDAP wurde nicht auf der Woge einer eigenständigen kleinbürgerlichen Massenbewegung zur Massenpartei, sondern dadurch, daß sie die Hegemonie im rechten bürgerlich-nationalen Lager erringen konnte. Die Voraussetzung dafür war, daß die NSDAP soweit politisch aufgewertet wurde, daß sie für die kleinbürgerlichen Kräfte, die im konservativ-nationalen Lager standen, überhaupt akzeptabel war. Als völkische Splitterpartei mit dem Ruch des Sektiererischen und politisch Abseitigen war sie das nicht. Es war im wesentlichen die Thyssen/Kirdorf-Gruppe, die die NSDAP aus ihrer relativen Isolation holte und zur „seriösen nationalen Kraft“ aufwertete. Wesentliche Fakten dazu haben wir bereits dargestellt. Wir wollen hier nur noch einmal auf die Bedeutung hinweisen, die die Herstellung der Verbindung zu Hugenberg (einem Führer der Deutsch-Nationalen und dem Medienzar der Weimarer Republik) und die

Teilnahme Hitlers im „Reichsausschuß für das deutsche Volksbegehren“ gegen den Young-Plan gemeinsam mit den Repräsentanten der traditionellen bürgerlich-nationalistischen Rechten für die Aufwertung der NSDAP besaß. Durch diese Schritte wurden ganz wesentliche Voraussetzungen dafür geschaffen, daß Hitler und die NSDAP zur relevanten und dann stärksten Kraft im bürgerlich-nationalen Lager werden konnten.

3. Den Sprung von der Splitterpartei zur Partei mit Masseneinfluß schaffte die NSDAP vor allem dadurch, daß sie zu einem beträchtlichen Teil das Wählerpotential der etablierten bürgerlichen Rechtsparteien aufsaugen konnte. Im wesentlichen dadurch zur stärksten Partei der Rechten geworden, entfaltete die NSDAP aber eine gewaltige Anziehungskraft auf Millionen Menschen, die sich von den etablierten bürgerlichen Parteien bereits abgewandt hatten, bzw. diese nie gewählt hatten. Die Stimmung dieser Massen ist mit dem ohnehin wenig exakten Begriff „rechtskonservativ“ sicher nicht mehr zutreffend charakterisiert. Diese Massen waren zu einem großen Teil tatsächlich radikalisiert in dem Sinn, daß sie eine grundlegende Veränderung wollten auch gegen die staatliche Autorität, nicht nur gegen das „Weimarer System“, sondern auch gegen die darin herrschenden Kreise, selbst gegen Leitbilder des traditionellen Konservatismus wie Hindenburg und die Junker. Die kapitalistische Krise hatte sie aus den Gleisen geworfen, ihre Existenz der völligen Unsicherheit, wenn nicht bereits der Vernichtung preisgegeben. Die Arbeiterbewegung und den Sozialismus empfanden sie als Bedrohung, den herrschenden Kapitalismus als unerträglich. Ihnen erschien die NSDAP als dritter Weg. Die NSDAP konnte, wozu die etablierten bürgerlichen Parteien längst nicht mehr in der Lage waren, diese Stimmungen unter der verzweifelten kleinbürgerlichen Massen auffangen. Ihr „revolutionäres“ Auftreten, ihre antikapitalistische Demagogie (nationaler Sozialismus), ihre gesamten Methoden der Massenagitierung (zu einem nicht unerheblichen Teil von der Arbeiterbewegung kopiert) versetzte sie dazu in die Lage. Die Tatsache, daß die NSDAP durch keinerlei für die Massen sichtbare Kooperation mit den „Systemparteien“ und den herrschenden Kräften der Weimarer Republik verbraucht war, gab ihr einen hohen Grad von Glaubwürdigkeit, über den die traditionellen Parteien nicht einmal mehr annähernd verfügten. So konnte die NSDAP die breiten Massen des Kleinbürgertums, aber auch rückständige Teile der Arbeiter- und Angestelltenschaft für sich gewinnen. Aber nicht die teilweise antikapitalistischen Stimmungen dieser Massen bestimmten den Klassencharakter der NSDAP, sondern die Tatsache, daß die NSDAP nur mit Hilfe der reaktionärsten Kreise des Finanzkapitals (keineswegs auf der Woge einer selbständigen kleinbürgerlichen Massenbewegung) groß geworden war und von diesen finanzkapitalistischen Kreisen kontrolliert wurde.

Die genauere Betrachtung der Entwicklung der politischen Haltung der kleinbürgerlichen Mittelschichten in der Weimarer Republik und des Aufstiegs der NSDAP liefert noch nicht einmal Anhaltspunkte dafür, daß es sinnvoll sein könnte, die faschistische Bewegung vor 1933 als spezifisch kleinbürgerliche Bewegung zu sehen.

Reiseangebot der DAFG

Sommer
im Sozialismus

Das neue Sommer-Reiseprogramm der Deutsch-Albanischen Freundschaftsgesellschaft e.V. liegt vor. Die Albanienreisen 1985 sind so vielfältig wie noch nie, sie geben Gelegenheit sich dem weitgehend unbekannten sozialistischen Land an der Adria auf vielfältige Weise zu nähern. Hier einige Informationen über das reichhaltige Reiseprogramm.

Sommerreisen zum Kennenlernen des Landes

1- und 2 Wochenprogramme mit interessanten Rundreiseprogrammen:

20. Juli bis 28. Juli 1985.
3. August bis 11. August 1985.
10. August bis 18. August 1985. Diese 1-Wochenreisen haben das gleiche Besuchsprogramm wie die 2-wöchige Reise und kosten bei Frühbuchung (bis 30.4.85) 1085 DM, danach 1135 DM.

Die 2wöchigen Reisen mit Besuchen in Tirana, Berat, Kruja, Saranda, Gjirokastra, Butrint, Ksamil und anderen Orten vom „Standort“ Durres aus finden statt: 15. Juni bis 30. Juni 1985. 13. Juli bis 28. Juli 1985. 27. Juli bis 11. August 1985. 3. August bis 18. August 1985 und 10. August bis 25. August 1985. Preise 1470,— DM bei Frühbuchung (bis 30.4.1985) danach 1520,— DM. Zu den gleichen Terminen möglich: 2 Wochen Strandurlaub ohne Programm — Preise bei Frühbuchung 1300 DM, danach 1350 DM — Verlängerungswoche 330,— DM

Sonder- und Studienreisen
Frühjahrsreise vom 30. März bis 14. April 1985

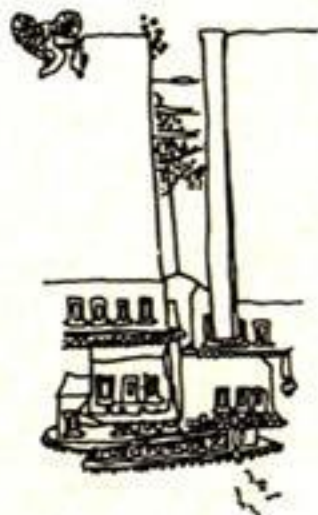
Länderkundliches Programm mit längerem Aufenthalt im Süden (Saranda). Außerdem von Tirana aus nach Berat, Durres und Kruja. Unterbringung in Hotels der Kategorie A, ab Frankfurt 1500,— DM. **Filmfestspiele in Tirana vom 6. April bis 14. April 1985**

Informationen über den aktuellen albanischen Film, Begegnungen mit albanischen Filmschaffenden, dazu einige Tagesfahrten. Hotel Kategorie A, ab Ffm 1185,— DM. **Gesellschaftliche Einrichtungen vom 16. Mai bis 26. Mai 1985**

Von Kindergarten und Schule, Gesundheits- und Erholungseinrichtungen bis zu Kulturhäusern und Museen und vieles mehr steht auf dem Programm. Besuche und Informationen über gesellschaftliche Leistungen für die Allgemeinheit.

Weitere Informationen, genaue Reiseprosperkte, Literatur und Materialien zum Kennenlernen und Einstimmen, genaue Reisebedingungen, Anmeldeformulare usw. schickt auf Anfrage gerne zu:

Deutsch-Albanische Freundschaftsgesellschaft e.V.
DAFG-Sekretariat
Postfach 7622
2000 Hamburg 20



meinheit. Mit großem Reiseprogramm im Land, Hotel Kategorie A, ab Ffm 1425,— DM.

Lernen albanischer Volkstänze, 20. Juli bis 4. August 1985

Intensiver Kurs zur Einübung einiger albanischer Volkstänze. Informationen über Folklore und Volkskunst mit kulturellem Hintergrund. Fahrten von Durres nach Tirana, Gjirokastra-Saranda, Berat usw. (In Zusammenarbeit mit „Folkfriends“) Hotel Kategorie B, ab Ffm 1610,— DM.

Metallarbeiter-Kollegen-
gruppe, 27. Juli bis 11. August 1985

Studienurlaub für Kollegen und Kolleginnen aus der Metallbranche (mit Familien), die mit albanischen Facharbeitern Erfahrungsaustausch wünschen. Intensive Besuche von Betrieben u. a. Einrichtungen, Informationen über Arbeits- und Lebensbedingungen, Gewerkschaften usw., auch Kultur und Geschichte des Landes mit einer Drei-Tages-Tour und Besuch der Hauptstadt Tirana. Preise für Frühbucher 1500,— DM danach 1550,— DM.

Albanische Eisenbahnen
vom 24. August bis 8. September

Unter anderem Fahrten mit der albanischen Eisenbahn, Besuche von Bahnbetriebswerken, Bahnhöfen und weitere Spezialkontakte. Exkursionsorte: Shkodra, Lezha, Durres, Tirana, Korca, Berat, Fieri, Kruja. Preise bei Frühbuchung 1650,— DM, danach 1700,— DM.

Medizin in Albanien vom 7. September bis 22. September

Studienreise für Fachangehörige zum Kennenlernen des albanischen Gesundheitswesens. Einschlägige Fachkontakte und Besuche, (kultur-)historische Programmpunkte. Standort Tirana, Fahrten nach Gjirokastra-Saranda, Berat und Durres. Hotel Kategorie A, Preis ab Ffm 1650 DM.

Mutige Journalistin in Chile in Gefahr

Hände weg von Monica Gonzales

Ein Folterknecht packt aus

Am vergangenen Samstag lief im Fernsehen der Film „Vermißt“ von Costa Gavras. Die Handlung des spannenden Streifens beruht auf einem — von vielen tausend — authentischen Fällen. Der Film prangert die unmenschliche Verschleppungspraxis der Pinochet-Junta an. Einer Praxis, die sich bis heute nicht geändert hat. Immer wieder sind besonders die mutigen, sich widersetzenden Menschen in Chile von diesen verbrecherischen Aktionen bedroht.

Monica Gonzales: Wir werden alles aufnehmen und dann sehen, was publiziert wird. Sind Sie einverstanden?

Andrés Antonio Valenzuela: Es ist mir gleich.

Ich möchte nicht, daß Sie, wenn Sie mich verlassen, umgebracht werden.

Das wird sowieso geschehen, aber zumindest habe ich vorher gesprochen.

Wann sind Sie in den Geheimdienst eingetreten?

1974. Ich war damals 18 Jahre alt. Nun bin ich 28jährig, seit über zehn Jahren dabei.

Sie haben für die Geheimpolizei der chilenischen Luftwaffe gearbeitet. Warum taten Sie das?

Es ist eine Maschinerie, die einen reinnimmt, bis zum Punkt der Verzweiflung, wie es mit mir jetzt geschah. Ich weiß, daß ich wegen diesem Gespräch mein Leben riskiere. Ich weiß, daß meine Familie mich vielleicht nicht ins Exil begleitet. Ich fühle mich schlecht, ich ekle mich vor mir selbst. Ich möchte wieder Ziviler werden.

Haben Sie gefoltert?

Ja.

Worin bestanden diese Folterungen?

In der Anwendung von Elektrizität und Schlägen.

Sie haben gefoltert und sind zugleich Vater.

Ich bin ein schlechter Vater.

Schlagen Sie Ihre Kinder?

Vor zwei Wochen berichtete der RM, daß in Chile ein ehemaliger Angehöriger der Geheimpolizei Pinochets ausgepackt hat. Er berichtete einer Journalistin, Monica Gonzales, von seinen Erfahrungen. Nachdem Monica Gonzales die Aussagen des ehemaligen Geheimdienstmannes veröffentlichte, sind viele Menschen in Chile und weltweit in der Solidaritätsbewegung besorgt um sie. Durch die möglichst breite Veröffentlichung des Interviews soll eine gewisse Sicherheit für sie hergestellt werden.

Wir unterstützen diese Aktionen und bringen den Text des Berichts, wie ihn die „tageszeitung“ (taz) nach der Übersetzung der Züricher alternativen „Wochenzeitung“ (WoZ) veröffentlichte.

Anzumerken ist noch, daß nach ersten Gerüchten über die Geständnisse des Mitglieds des Geheimdienstes der chilenischen Luftwaffe (SIFA), Andrés Antonio Valenzuela Morales, fünf bekannte Oppositionszeitungen

in Chile verboten wurden und mehrere Journalisten vor Gericht gestellt wurden. Monica Gonzales arbeitete für eine der mittlerweile verbotenen Zeitungen, für die sozialdemokratische Zeitschrift „Cauce“.

Im September vergangenen Jahres war es, als Andrés Antonio Valenzuela Morales die Journalistin aufsuchte, ihr seinen Militärausweis zeigte und zu verstehen gab, daß er bereit sei auszupacken ...



Szenenfoto aus dem Film „Vermißt“. Was hier über Chile gezeigt wurde, ist auch heute noch Alltag in der Militärdiktatur Pinochets

Nein, aber ich spiele selten mit ihnen.

Wieso wollten Sie nun mit mir sprechen?

Weil ich mich auskotzen wollte. Ich kaufte Ihre Zeitschrift und wußte bis dahin nicht über den Tod des Schwagers von Delmas, über den Sie schrieben. So fand ich zu Ihnen. Schon monatelang trug ich das alles mit mir herum, heute habe ich mich entschieden.

Warum wurden Sie in den Geheimdienst aufgenommen?

Ich absolvierte meinen Militärdienst im Artillerieregiment der Luftabwehr in Colina. Dort haben sie Personal ausgesucht für die Kriegsakademie, die FACH, in Las Condes. Ich war

jung und wollte es wissen, ich war noch nie mit Gefangenen zusammen. Es gibt in den Geheimdiensten junge Leute, die kommen so wie ich in die Spirale der Gewalt, und jetzt können sie ohne Gewalt nicht leben. Wir wurden ausgebildet und sie sagten uns, wir müssen alles vergessen, was wir sehen würden. Wenn jemand sprechen würde ...

Sie sagten mir, Sie wußten von einer Operation, bei der Gefangene aus einem Helikopter rausgeworfen wurden.

Ich weiß von einer einzigen Operation, aber es ist möglich, daß es noch weitere gab. Das war 1976, als die kommuni-

stische Jugend bekämpft wurde. Es kam ein Helikopter der FACH (Luftwaffe) nach Colina und sie holten um die zehn bis fünfzehn Personen raus. Unter diesen Personen, ich erinnere mich genau, war ein ehemaliger Laienrichter von Renca, er hinkte, war schon älter. (Es handelt sich um Humberto Rodriguez, verschollen seit dem 4.11.79, der in einem gelben Lieferwagen zur Luftwaffe transportiert wurde, Red.)

Gingen die Gefangenen lebend aus dem Stützpunkt raus?

Ja, unter Drogeneinfluß. Sie gaben ihnen Tabletten. Aber die waren scheinbar nicht sehr wirksam, weil sie es merkten. Einer, der mitmachte, „Filio“, sagte, daß einer während des Fluges erwachte, und sie hätten ihn mit einem Eisen geschlagen. Später warfen sie sie ins Meer, ich glaube gegenüber von San Antonio.

Was geschah mit ihnen, bevor man sie hinauswarf?

Sie sagen, sie hätten sie aufgemacht.

Was haben sie aufgemacht? Den Magen, damit sie nicht auf dem Wasser treiben. Es gingen Sicherheitskommandos des Heeres mit. Ich glaube, daß sie sie mit einem Haken öffneten, bevor sie sie ins Meer warfen.

Ausnahmezustand gegen das kanakische Volk

Kolonialmacht Frankreich

Nach den Morden auf der Insel hatte der Präsident der (für Frankreich) illegalen provisorischen Regierung der Republik Kanaky, Tjibaou, gesagt: „Es war politischer Mord. Wir haben den Preis der Kolonialordnung gezahlt ... Wir verhandeln nicht mehr über die Souveränität des Landes.“ Von dieser Einschätzung kann die Befreiungsfront FLNKS auch nach Mitterands Besuch nicht abgehen. Außer großen Worten wurde nichts bekannt, was die Politik Frankreichs auf der Insel ändern könnte. Im Gegenteil, Mitterand verkündete, daß aus Frankreich noch mehr Militär geschickt würde und daß der „Pisani-Plan“ weiterhin unterstützt würde.

Dieser Plan, benannt nach dem Sonderbeauftragten der Regierung in Paris für Neukaledonien, ist ein Plan der Unterdrückung der kanakischen Bevölkerung und ein Plan der Festschreibung der Kolonialmacht Frankreichs. Der Gaullist Pisani hatte vorgeschlagen, im Juli dieses Jahres eine Abstimmung über die Frage durchzuführen, ob der bisherige Status des „Überseeischen Territoriums“ Frankreichs beibehalten oder „Neukaledonien ein unabhängiger, mit Frankreich asso-

Nach dem brutalen Mord der französischen Besatzer an Führern der einheimischen Bevölkerung Neukaledoniens hat Staatspräsident Mitterand einen Blitzbesuch auf der Insel im Pazifik gemacht. Das Ergebnis dieser Reise ist deutlich geworden: Nichts soll sich an der kolonialistischen Politik Frankreichs ändern.



Bewaffnete Widerstandskämpfer der FLNKS

ziierter Staat“ werden sollte. Abgesehen davon, daß entgegen der Forderung der Befreiungsfront FLNKS und der provisorischen Regierung auch alle Franzosen, die mindestens drei Jahre auf der Insel leben, abstimmungsberechtigt sein sollen, degradieren die einzelnen Festlegungen die Unabhängig-

keit zum Popanz. Von Souveränität des kanakischen Volkes kann keine Rede sein, wenn Frankreich sich weiterhin die Entscheidungsgewalt in den Bereichen Verteidigung, öffentliche Sicherheit, Justiz, Geld und Kredit, Medien und Fernverkehr vorbehält. Mitterand, auf diesen Widerspruch hingewie-

sen, hatte schöne Worte dafür: Er gestand zu, daß „nicht die Unabhängigkeit vorgeschlagen, sondern die Souveränität der Kanaken über ihr Land anerkannt werde.“ Selbst solche Wortakrobatik, die den wahren Sachverhalt, nämlich die Festschreibung des Kolonialstatus der Insel vertuschen soll, wird von der politischen Reaktion in Frankreich kritisiert. Auf der Welle des Nationalismus schwimmend, wird gefordert für „klare Verhältnisse“ zu sorgen, wird die „abendländische Verteidigung“ bedroht gesehen, fürchtet die Zeitung „Le Figaro“ um die Siedler und Kolonialbeamten auf der Insel, da die „Terroristen der FLNKS ein Blutbad vorbereiten“ würden.

Im Sog dieser Stimmung treibt die „sozialistische“ Regierung Mitterands ihre kolonialistische Politik. Nach der Rückkehr Mitterands nach Frankreich hat die Nationalversammlung in Paris mit den Stimmen der „Sozialisten“ der Verlängerung des Ausnahmezustands zugestimmt. Der auf der Tribüne für Ehrengäste sitzende Führer der kanakischen Befreiungsfront, Jean Marie Tjibaou, mußte nach Protesten den Saal verlassen.

Italien/Österreich

Skandal um SS-Mörder

Der Nazi-Verbrecher und ehemalige SS-Obersturmbannführer hat auch 41 Jahre nach seinen großen Verbrechen noch viele Freunde. Der Verantwortliche für das Massaker von Marzabotto in Italien, bei dem 1944 600 Zivilisten umgebracht wurden, hatte zunächst durch den Einsatz des italienischen Regierungschefs Craxi die Freiheit wiedergewonnen. Gegen den Willen der Mehrheit der italienischen Bevölkerung, wie Umfragen bewiesen, gegen den erklärten Willen der Angehörigen der Opfer des SS-Massakers. Roder war zunächst zu lebenslanger Haft verurteilt worden, später begnadigt worden. Seine „reguläre“ Haftzeit wäre in einem halben Jahr abgelaufen —, die von Craxi verfügte vorzeitige Entlassung, die auch von vielen Politikern Österreichs verlangt worden war, ist eigentlich schon Skandal genug. Doch der österreichische Verteidigungsminister setzte allem die Krone auf.

Die italienische Luftwaffe brachte den entlassenen Kriegsverbrecher nach Graz, wo der Verteidigungsminister Friedhelm Frischenschlager den SS-Mörder nicht nur feierlich begrüßte sondern auch noch in einem eigens bereitgestellten Militärhubschrauber in eine Klinik fliegen ließ und Roder auf diesem Flug begleitete. Dieser „militärische Staatsempfang“ wie selbst die konservative ÖVP das Spektakel nannte, ist auf breite Kritik gestoßen. Frischenschlager, der den SS-Mann einen normalen „Kriegsgefangenen“ nannte, wehrt sich aber gegen alle Rücktrittsfordernungen, die laut werden. Die Distanzierung des Regierungschefs Sinowatz von seiner Aktion juckt ihn ebensowenig, wie der Rückruf, der ihn bei einem Staatsbesuch in Ägypten erreichte. Frischenschlager hat nämlich einflussreiche Kreise hinter sich. Der Verteidigungsminister gehört der Freiheitlichen Partei Österreichs (FPÖ) an, in der nationalistische, rechtsradikale Kreise ziemlich mächtig sind. Von diesen Kreisen her, werden Frischenschlager und sein Tun auch voll verteidigt. Traditionsverbände, der „Heimkehrerverband“ — alle stehen voll hinter dem Verteidigungsminister, der mit seiner Partei noch eine andere Trumpfkarte im Ärmel hat. Die „Solidarität“ seiner FPÖ-Ministerkollegen in der Koalitionsregierung der SPÖ mit der FPÖ. Sie alle wollen die Regierung verlassen, wenn man Frischenschlager entläßt, oder durch massive Aufforderung zum Rücktritt nötigt. Der österreichische Bundeskanzler Sinowatz hat durch die Umweltschutzbewegung, die seine Politik in den Donauauen bei Hainburg vorläufig stoppen konnte, eine schwere Schlappe erlitten. Die Frage stellt sich jetzt, ob er jetzt lieber eine „intakte“ Regierung behalten will, wenn auch mit einem Kriegsverbrecher-Sympathisanten, oder ob er reinen Tisch macht, und den Freund eines SS-Mörders als Verteidigungsminister entläßt.

Paraguays Diktator will Bonn besuchen

Alfredo Stroessner — raus!

Seinem Freundeskreis das Handwerk legen

Seite 30 Jahren beherrscht Alfredo Stroessner und sein Familienclan Paraguay. Der Diktator steht kurz vor der Erfüllung eines seiner wichtigsten politischen Ziele. Ein offizieller Staatsbesuch in der Bundesrepublik soll sein faschistisches Regime aufwerten, die schon lange bestehenden festen Bande mit der westdeutschen Reaktion sollen offiziell und legal werden.

Lange hat es die sozialliberale Regierung in Bonn vermieden, den langjährigen Wunsch des Diktators nach offiziellem Empfang in Bonn zu erfüllen. Nach der Wende, im August 1983 haben Freunde Alfredo Stroessners eigens ein Institut gegründet, dessen erklärtes Ziel es war, binnen zweier Jahre eine offizielle Einladung Bonns an Stroessner zustande zu bringen. Pünktlich hat es geklappt. Da stellt sich die Frage, wer hinter diesem „Institut für deutsch-paraguayische Beziehungen zur Wirtschafts- und Kulturförderung GmbH“ in Stuttgart steht. Nicht nur für Zeitungen wie die „Frankfurter Rundschau“ sind es ganz klar Kreise um den CSU-Vorsitzenden Franz Josef Strauß. Allein die Daten, die über die Führung dieses Institutes bekannt sind, deuten schon auf Leute aus der ganz rechten politischen Ecke.

Der Vorsitzende des Instituts ist Heinz Aigner, Strauß-Freund, Organisator des Wahlkampfes von Helmut Kohl im Jahr 1976 und später persönlicher Referent des furchtbaren ehemaligen Marinrichters Hans Filbinger. Mit Filbinger und Gerhard Löwenthal vom berüchtigten „ZDF-Magazin“ war Aigner im November 1981 auf einem Antikommunismus-Seminar in der paraguayischen Hauptstadt Asuncion. Dort lernte der CSU-Mann Aigner nicht nur die Diktatur lieben, sondern auch die Tochter des Präsidenten des Obersten Gerichtshofes des Landes. Seitdem geht er im Hause Stroessner ein und aus.

Seit dieser Zeit ist Aigner Chefpropagandist für Stroessners Diktatur. Linke Kritik am paraguayischen Regime tut er ab: „Der in rhythmischer Zwangsläufigkeit immer wieder vernehmbare Aufschrei bundesdeutscher Linker gegen das politische Regiment (in Paraguay) läßt sich nur in einem weltpolitischen Zusammenhang verstehen“, so Aigner, der damit „wohldefinierte Handlungen im Rahmen einer marxistischen Weltbürgerkriegsstrategie“ meint. Aigner nennt das Regime eine „autoritäre Demokratie“, Stroessner eine „faszinierende Persönlichkeit“, der sich „30 Jahre lang in einem absolut freien Land gewaltfrei gehalten hat“. Amnesty international sieht das etwas anders, wenn es sich dieses Jahr wieder „besorgt über die Vielzahl von Menschenrechtsverletzungen“ in Paraguay äußert.

Aigner hat auch in der Presse viele Freunde: so schrieb die „Bild am Sonntag“, daß jeder Paraguayer „sämtliche Freiheiten“ genießt, die man auch in der Bundesrepublik haben kann, „mit einer Ausnahme: Kommunist sein.“ Und noch mal Heinz Aigner zu seinem Traumland: Noch nirgends habe er, bei aller Armut „so viele glückliche Menschen gesehen“ wie dort. Neid, dieses von Kommunisten geschürte Phänomen gäbe es in Paraguay nämlich nicht.

Sicher meint Aigner mit den



Alfredo Stroessner

glücklichen Menschen nicht die mittlerweile 1,3 Millionen vertriebenen oder ausgewanderten Bürger, fast ein Viertel der Gesamtbevölkerung, die jetzt noch 3,3 Millionen beträgt. Eher wird er die 8000 Deutschen und etwa 200000 deutschstämmigen Bürger meinen, von denen viele alte Nazis und neureiche Industrielle sind. Denn Aigners Institut vermittelt vor allem große Landgüter und lockt kapitalkräftige Anleger in das Land, lockt unter anderem mit Kontakten „im Kreise Gleichgesinnter“. Daß Paraguay ein Paradies für alte, international gesuchte Nazis ist, ist auch weitgehend unbestritten. Prominentester „Gast“ Stroessners war lange Jahre der berüchtigte KZ-Arzt Mengele, der nach einer Entdeckung wieder untertauchen konnte.

Die offizielle Einladung aus Bonn an den Präsidenten eines Staates, in dem seit 30 Jahren Ausnahmezustand herrscht (der nur an den „Wahl“-Tagen aufgehoben wird) ist ein Skandal erster Ordnung. Regierungssprecher Boenisch verteidigt diese Einladung. Wo käme man hin, so meinte er, wenn die Außenpolitik danach eingerichtet würde, ob beispielsweise bestimmte Besucher „einem Teil des politischen Spektrums nicht gefallen?“ Wie die Einladung genau zustande kam, mutmaßt die „Frankfurter Rundschau“ wie folgt: „Folgt man Boenisch, so ist die Vorlage für den Besuch Stroessners in der Bundesrepublik wie üblich vom Auswärtigen Amt gekommen. Dort allerdings ist eher zu hören, die Visite sei auf der Schiene der „Männerfreunde“ Strauß/Kohl in einer Weise beschlossen worden, daß das Haus Genscher nurmehr den Vollzug zu melden hatte.“ (FR 23.1.85)

Der Außenminister, der in den Jahren der SPD/FDP-Regierung die Einladung an Stroessner aus Rücksicht auf die Sozialdemokratie immer abblockte, ist in einer peinlichen Situation. Aber in Bonn hat man für alles eine Lösung parat. So wird bei der Visite des Diktators im Juli Genscher, das ist schon klar, aus „dringendem Anlaß“ oder „urlaubshalber“ im Ausland sein, auch der Bundespräsident, der um sein liberales Image fürchtet, wird auf ähnlichem Weg den Händedruck mit dem dienstältesten Diktator Südamerikas um-

gehen. Diese Taktik ist nicht neu. Bei einem privaten Besuch Stroessners im Jahre 1970 hatte der damalige Bundespräsident Heinemann eine ähnliche Taktik angewandt. Für ihn eingesprungen war sein damaliger Stellvertreter, der bayerische Ministerpräsident Alfons Goppel, der mittlerweile — so schön muß es gewesen sein — im Kuratorium von Heinz Aigners deutsch-paraguayischen Institut sitzt.

Diese formalen Rücksichtnahmen machen den Skandal um keinen Deut geringer. Noch aber kann die Politik des ultra-rechten Freundeskreises des Diktators gestoppt werden. Die in unserem Land so breite Solidarität mit Mittel- und Südamerika muß ihr Augenmerk bis

Neuer Massenprozeß in der Türkei

30 Todesstrafen gefordert

Die Militärgerichtsbarkeit der Türkei hat in einem neuen Massenprozeß gegen kurdische Widerstandskämpfer wieder 30 Todesstrafen gefordert. In der südosttürkischen Stadt Diyarbakir stehen 84 Angeklagte seit dem vergangenen Montag vor Gericht.

Das Kriegsgericht in Diyarbakir tagt wie schon öfter unter scharfen Sicherheitsvorkehrungen, die vor allem jegliche Öffentlichkeit ausschließen und die Verteidigung der Angeklagten praktisch unmöglich macht. In dem neuen Prozeß sind Anhänger der „Kurdischen Arbeiterpartei“ (PKK) angeklagt. Sie alle wurden bei den ausgedehnten Razzien der türkischen Armee in Kurdistan im vergangenen Oktober festgenommen. Mit diesen Razzien, die sich nicht nur auf die kurdischen Gebiete innerhalb der Türkei, sondern bis in den Irak hinein erstreckten, sollte der anhaltende Widerstand dieses unterdrückten Volkes erstickt werden. So ist denn auch einer der Angeklagten der Militärtribunal der Versuch der Angeklagten, einen eigenen kurdischen Staat aufzubauen. Den Angeklagten im Alter von 14(!) bis 58 Jahren drohen mindestens langjährige Haftstrafen.

Nach den Aktionen der türkischen Militärs gegen die Kur-

den in der Türkei und dem Irak soll der Feldzug gegen das aufständische Volk jetzt auch von der Türkei her über die Grenzen zum Iran ausgedehnt werden. Während eines Besuchs des iranischen Ministerpräsidenten Musavi in Ankara soll bei Gesprächen mit dem türkischen Außenminister Özal auch über ein Abkommen zur Kurden-Frage gesprochen worden sein. Diese Vereinbarung zielt auf ein koordiniertes Vorgehen beider Staaten gegen die kurdischen Freiheitskämpfer in der Grenzregion.

In Istanbul endete vor zwei Wochen ein Verfahren gegen 19 Mitglieder des türkischen Schriftstellerverbandes überraschend mit Freispruch für alle Angeklagten. Das Militärgericht hatte die Schriftsteller, unter ihnen den bekannten Humoristen und Satiriker Aziz Nesin, der Bildung einer kommunistischen Vereinigung und der Verbreitung kommunistischer Propaganda angeklagt. Beweisen konnte die Militärjustiz nichts.

SOLIDARITÄT MIT NICARAGUA

Keine Unterstützung für die Bourgeoisie Kugeln für den Imperialismus!

„Wir rechnen mit einer Intervention von seiten des US-Imperialismus, die Gefahr ist real, aber es gibt verschiedene Möglichkeiten, Formen der Aggression. Wir unterstützen mit allen Mitteln die Kampagne zur Verteidigung Nicaraguas. Wir rufen auf, die Milizen zu stärken, in die Kriegsgebiete zu gehen“, sagte ein Vertreter der MAP-ML (Movimiento de Accion Popular — Marxista Leninista) knapp 14 Tage nach den Wahlen in Nicaragua. Daß das keine leeren Phrasen sind, wissen die Nicaraguaner, die mitgekämpft haben gegen Somoza, aus eigener Erfahrung. Die MAP-ML führte nämlich zu Somozas Zeiten eigene kampfstärke bewaffnete Einheiten, die antisomozistischen Volksmilizen (MILPAS).

Die drei links von den Sandinisten kandidierenden Parteien erhielten bei der Wahl zusammen 3,8 Prozent, davon die MAP-ML etwa ein Drittel. Ihre Voraussetzungen waren die schlechtesten, war sie doch erst im Sommer mit der Aufnahme in den Nationalrat wieder als politische Partei anerkannt worden. Die MAP-ML versteht sich als revolutionäre Arbeiterpartei — genießt auch unter den Arbeitern hohes Ansehen. Einer ihrer beiden neuen Abgeordneten ist der Arbeiterführer Isidro Tellez. Weil sie für eine Herausbildung der Interessen der Arbeiter ist und dafür eintritt, den Einfluß der Bourgeoisie zurückzudrängen, hat die MAP-ML lange Zeit Schwierigkeiten auch mit den Sandinisten gehabt. Sie wird sich auch weiterhin z. B. nicht mit der „gemischten Wirtschaftsform“ zufrieden geben, in der die Ausbeutung des Menschen durch den Menschen festgeschrieben wird. Unbequem sein, revolutionär, sozialistisch, kommunistisch denken und handeln ist auch in solch einem fortschrittlichen Land wie Nicaragua kein Zuckerschlecken.

Aktuell hapert es bei der MAP-ML in der Druckerei: Ersatzteile für Druckmaschinen fehlen, Fotomaterial, Druckfarben, Druckplatten etc. sind aufgrund der angespannten Lage im Land rationiert.

Als Ausdruck unserer praktischen Solidarität mit dem Kampf der nicaraguansichen Genossen der MAP-ML haben wir eine Spendenkampagne beschlossen: 5000 Mark für die revolutionäre Presse und Propaganda der MAP-ML.

Spenden auf das Pschk 13456-464, KJD, Postfach 300526, 4600 Dortmund 30, Stichwort „revolutionäre Presse“.

zum Sommer mehr auf die anscheinend so „stabile“ Diktatur in Paraguay richten — und deren Verbündete in Westdeutschland.

Breite Information über das Regime des Alfredo Stroessner, über die „klassische Tyrannei“ (Hans Ulrich Klose) müssen die ganze kritische Öffentlichkeit erreichen. Und die Machenschaften der Freunde des Diktators, der Propagandisten dieser Diktatur — die auch viel über deren eigenes Demokratieverständnis aussagen — müssen angeprangert werden. So stark und so lange, bis Stroessner es nicht wagt zu kommen, oder die Regierung gezwungen ist, diese skandalöse Einladung zurückzunehmen.

HÖRT RADIO TIRANA

UHRZEIT	1. Programm	WELLENLÄNGE
13.00-13.30	9375 kHz 7310	31 Meterband KW 41 Meterband KW
14.30-15.00	9375 7310	31 Meterband KW 41 Meterband KW
16.00-16.30	9375 7310	31 Meterband KW 41 Meterband KW
18.00-18.30	9375 7310	31 Meterband KW 41 Meterband KW
19.00-19.30	7310 9375 1395	41 Meterband KW 31 Meterband KW 215m MW
21.30-22.00	7310 5985 1458	41 Meterband KW 49 Meterband KW 206m MW
23.00-23.30	7310 5985 1458	41 Meterband KW 49 Meterband KW 206m MW
6.00-6.30	7310 9375 1395	41 Meterband KW 31 Meterband KW 215m MW



Vor 40 Jahren wurde das KZ Auschwitz befreit

Wenige Monate vor Kriegsende wurde das Konzentrationslager Auschwitz befreit (siehe Bild). Den vielen Gedenkreisen und Aufsätzen wollen wir eine kleine Dokumentation entgegensetzen. Daten und Fakten über die Ausbeutung des Lagers durch den Chemie-Konzern IG-Farben.

Dieser Text stammt aus dem rororo aktuell Taschenbuch „Alltag der Entrechteten — Wie die Nazis mit ihren Gegnern umgingen“ (Bd. 4625 7,80 DM).

Konzern mit eigenem KZ

Die IG-Farben und Auschwitz

Deutschlands erster Multi hatte schon immer eine verhängnisvolle Neigung zu Opportunismus und moralischer Indifferenz. Krassester Fall: die Bedenkenlosigkeit, mit der der Konzern Hitlers Expansionspolitik zur Geschäftsgrundlage machte. 1940 übernahm der Chemie-Gigant den Auftrag, die Öl- und Buna-Produktion zu erweitern. Treibstoff und Gummi waren gefragt, der Rußland-Feldzug stand vor der Tür. Geplant waren neue Fabrikanlagen, für die IG-Farben-Vorstandsmitglied Otto Ambros einen Standort suchen sollte.

Ambros fand den geeigneten Platz in Oberschlesien; er empfahl sich durch Eisenbahn- und Autobahnanschlüsse sowie durch ein noch im Bau befindliches großes Konzentrationslager, das — wie Ambros gleich erkannte — reichlich Arbeitskräfte für die Errichtung der IG-Fabriken liefern könnte. Der Name des schlesischen Standorts: Auschwitz.

Der IG-Vorstand akzeptierte den Vorschlag fast einstimmig und bewilligte für das Projekt IG Auschwitz umgehend die damals enorme Summe von 900 Millionen Reichsmark. Als bald begannen Verhandlungen mit der SS über die Zuteilung von KZ-Insassen.

Die neuen Geschäftspartner



einigten sich schnell: SS-Chef Himmler bot der IG unverzüglich 10000 Häftlinge an.

Der Arbeitslohn war in die SS-Kasse zu zahlen — pro Tag vier Reichsmark für gelernte, drei Reichsmark für ungelernte Arbeiter. Später lieferte die SS auch Kinder zum Tageslohn von 1,50 Reichsmark.

Unter der Aufsicht von SS-Wächtern marschierten fortan lange Häftlingskolonnen täglich vom Lager Auschwitz zu den sechs Kilometer weit entfernten IG-Baustellen. Am Abend schlepten sie ihre Toten zurück, die beim Lager-Appell mitgezählt werden mußten. Von den rund 35000 Zwangsarbeitern, die bis Kriegsende die „IG Auschwitz“ durchliefen, kamen 25000 bei den Bauarbeiten ums Leben.

Doch weder barbarische Strafmaßnahmen der SS noch zusätzliche Nahrungsrationen der IG-Häftlingsjargon: „Buna-Suppe“ — konnten bewirken, daß die ausgemergelten KZ-Insassen das festgelegte Arbeits-soll erfüllten. Die Fertigstellung der Fabrikationsanlagen verzögerte sich immer wieder.

Um die Zwangsarbeiter besser kontrollieren zu können, entschied sich der IG-Vorstand schließlich, in unmittelbarer Nähe der Baustellen ein eigenes Konzentrationslager zu er-

richten. In dem IG-Lager — Baukosten: fünf Millionen Reichsmark — hatte die SS nur noch die Straf- und Aufsichtsgewalt; für die Unterbringung und Versorgung der Häftlinge war allein die IG zuständig.

Damit entfielen zwar die täglichen kräftezehrenden An- und Abmärsche der KZ-Arbeiter; doch ihre Lage besserte sich kaum. So waren etwa die Krankenreviere im IG-Lager derart unzulänglich; daß sogar die SS nach Abhilfe verlagte — ein Ansinnen, das die Unternehmensleitung mit Hinweis auf die Kosten zurückwies.

Später erweiterte sie die Krankenbaracken, erließ aber eine Verfügung, wonach maximal fünf Prozent der Lagerinsassen gleichzeitig krank sein durften und der Aufenthalt im Krankenrevier höchstens zwei Wochen je Häftling begrenzt blieb. Wer länger arbeitsunfähig war, wurde „selektiert“ und abgeschoben.

Und weiterhin trieben die SS-Aufseher die Gefangenen zu einem mörderischen Arbeitstempo an. „Faulheit“ oder „Drückebergerei“ wurden — oft auf schriftlichen Antrag der IG-Angestellten — mit drakonischen Strafen geahndet: Nahrungsentzug, Auspeitschung oder Erhängen.

Trotz allem erwies sich das

Unternehmen letztlich als Fehlschlag. Die Buna-Fabrik in Auschwitz ging nie in Betrieb, die Öl-Produktion blieb minimal. Dennoch hat sich die IG-Farben mit dem Projekt Auschwitz einen einmaligen Platz in der Wirtschaftsgeschichte gesichert. Durch Übernahme der Nazi-Methoden fiel der Konzern hinter den Stand der traditionellen Sklavenwirtschaft zurück, die ihre Zwangsarbeiter immerhin pfleglich behandelt hatte.

In der „IG Auschwitz“ aber waren die Häftlinge nicht wertvolles Investitionsgut, sondern nur billiger Rohstoff. Wenn alle Energie aus ihnen herausgepreßt worden war, wurden sie nach Birkenau transportiert — in die Gaskammern und Krematorien des Vernichtungslagers.

Vor dem Nürnberger Sieger-Tribunal präsentierten sich die modernen Sklavenhalter, vertreten durch insgesamt 60 Anwälte, als arglose Geschäftsleute. Nach 152 Verhandlungstagen sprach das Gericht dreizehn angeklagte IG-Manager schuldig; sie wurden zu Gefängnisstrafen zwischen einhalb und acht Jahren verurteilt — ein Strafmaß, so Chefankläger Josiah DuBois, das „leicht genug“ war, „um einen Hühnerdieb zu erfreuen“.

Spendenaufwurf

wg Frankfurter Appell 25 000,—

Lieber Herr v. Brauchitsch
diese Eintragung vermissen wir in
Ihrem Notizbuch.
Lieber Herr Horten,
bei uns dürfen sie, denn die Spenden bleiben echt anonym.

Wir bitten Sie und alle anderen Klein- und Großspender und -Spenderinnen, unser Defizit in schwarze Zahlen umzuwandeln.

Der Marsch gegen Rassismus und ausländerfeindliche Politik hat sehr viel Geld gekostet. Die bundesweite Koordination nämlich 50000,— DM. Nur etwa die Hälfte konnte bisher bezahlt werden. Unsere größte Hoffnung, das Kölner Abschluszkonzert mit M. Demirag, BAP und Lindenberg und vielen anderen war zwar ganz toll, finanziell konnte sich allerdings dieses Konzert gerade selbst tragen (700,— DM Gewinn). Wer dies nicht glaubt, schreibe bitte an KO-Büro Frankfurter Appell, Mainzer Landstraße 147, 6000 Frankfurt/M. 1, Tel.: (069) 731 092, er oder sie erhält dann die Abrechnung des Marsches zugesandt.

Unser Konto ist nach allen Seiten offen:

F. Mühleisen, Marschspende, Stadtparkasse Ffm.,
BLZ 500 501 02, Kto.-Nr.: 106059009

Wir danken schon im voraus!

PINWAND

Parteiveranstaltungen, Treffs, Termine

HAMBURG

Kollegentreff jeden 1. Dienstag im Monat.

Am 5.2. Thema: Aufgaben und Schwerpunkte im antifaschistischen Kampf heute. Immer um 19.00 Uhr Thälmann-Buchhandlung, Margarethenstraße 58.

KPD-ARBEITSLOSENTREFFS

Arbeitslosentreff Nord:

Samstag, 16. Februar, 11 Uhr, Bremen-Göpelingen, im Kulturladen Halmer Weg

Arbeitslosentreff Mitte: Samstag, 2. März, 11.00 Uhr

Im zentralen Büro der KPD in Dortmund Hörde, Wellinghofer Str. 103

Wochenseminare der KPD 1985

Kapitalistische Wirtschaftskrise — marxistische Krisentheorie — Perspektiven der Krise in der BRD — Auswege
Die Teilnehmer sollten mit Texten wie z. B. „Lohnarbeit und Kapital“ von Karl Marx vertraut sein.
Termin: 11.—17. März 1985

Seminar zur Einführung in den Marxismus

Themen: Einführung in die politische Ökonomie — Klassen und Klassenkampf — Staat und Revolution — Der Imperialismus — Was bringt uns der Sozialismus — Aus der Geschichte der Arbeiterbewegung.

Vorkenntnisse sind nicht erforderlich.

Termine 23.—29. September 1985

4.—10. November 1985

Seminar in türkischer Sprache vom 15.—21. April 1985

Unkostenbeitrag pro Woche 70,— DM

Anmeldungen ab sofort an: Detlev Schneider, Holstenring 5, 2000 Hamburg

Parteibüros der KPD und Kontaktmöglichkeiten zur Partei

Die Parteibüros sind Kontaktstellen der KPD, der Kommunistischen Jugend Deutschlands, Jugendorganisation der KPD, und der Kommunistischen Studenten. Hier sind sämtliche Veröffentlichungen der Partei zu bekommen.
Zentralkomitee der KPD, Redaktion Roter Morgen, 4600 Dortmund 30, Wellinghofer Str. 103, Tel.: (0231) 433691 und 433692.

4800 Bielefeld 1, Parteibüro der KPD, Schildescher Str. 53, geöffnet: Mi 17 - 18 Uhr.

4630 Bochum, Kontaktadresse: Jochen Beyer, Josefinenstr. 110.

2800 Bremen (Walle), Buchladen Roter Morgen, Waller Heerstr. 70, Tel.: (0421) 393888, geöffnet: Fr 17 - 18 Uhr, Sa 10 - 12 Uhr

4600 Dortmund (Brackel), Kontaktadresse: Helmut Weiss, Am Westheck 109a, Tel.: (0231) 20931

4100 Duisburg 12, Kontaktadresse: D. Feldmann, Metzger Str. 24, Tel.: (0203) 4430 14.

4000 Düsseldorf (Eller), Kontaktmöglichkeit zur KPD: Antifaz, Antifaschistisches Zentrum, Alt-Eller 7, geöffnet: Sa 10 - 12 Uhr.

2000 Hamburg 6, Thälmann-Buchhandlung, Margarethenstr. 58, Tel.: (040) 4300709, geöffnet: Mo - Fr 10 - 18 Uhr, Sa 10 - 12 Uhr.

3000 Hannover 91, Kontaktadresse: südliches Niedersachsen, Wolf-Jürgen Herzog, Ossietzky-Ring 29, Tel.: (0511) 466529.

7100 Heilbronn, Kontaktadresse: F.-H. Stockmar, Eisenbahnstr. 3/1.

2300 Kiel 1, Bücherbörse Karola Firzlaß, Gutenbergstr. 46, Tel.: (0431) 5677 02, geöffnet: Mo, Di, Do + Fr. 9 - 13 Uhr und 15 - 18 Uhr, Mi 9 - 13 Uhr; Sa 10 - 13 Uhr.

5090 Leverkusen 3, Kontaktadresse: A. Brand, Kantstr. 20, Tel.: (02171) 41318.

6700 Ludwigshafen, Kontaktmöglichkeit zur KPD Rheinland-Pfalz: W. Rohr, Sedanstr. 21, Tel.: (0621) 699382

7000 Stuttgart 1, Parteibüro der KPD, Haußmannstr. 107, Tel.: (0711) 432388, geöffnet: Mo + Fr 16.30 - 18.30 Uhr, Mi 17.30 - 18.30 Uhr.

KPD Saar: 6685 Schifflweiler, Kontaktadresse: E. Bittner, Hauptstraße 43

Sektion Westberlin, 1000 Berlin 44 (Neukölln), Parteibüro der KPD, Mainzer Straße 18, Tel.: (030) 6228474